

Kurt Schumacher
Erich Ollenhauer
Carlo Schmid

DAS PROGRAMM DER OPPOSITION

200 170
140
DIN 19 051
100 120

*Die drei Vorsitzenden
der sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion über die
Ziele der Opposition*



RS 19-39

A 96 - 07915

Wollen Sie sich laufend über die politischen Ereignisse und Meinungen unterrichten? Wollen Sie ein Blatt lesen, das wegen seiner klaren und positionen Haltung immer mehr Freunde gewinnt?

NEUER VORWÄRTS

Der „Neue Vorwärts“ ist das Zentral-Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und eine wertbeherrliche Hilfsquelle für jeden, der wissen will, um was es in Wirklichkeit geht. Der „Neue Vorwärts“ kostet monatlich DM 1,20 frei Haus. Verlangen Sie bitte Probenummern.

NEUER VORWÄRTS-VERLAG, NAU & CO.
HANNOVER, ODEONSTRASSE 15/16

KURT SCHUMACHER
ERICH OLENHAUER
CARLO SCHMID

DAS PROGRAMM DER OPPOSITION

Die drei Vorsitzenden
der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
über die Ziele der Opposition

Anhang:

DAS AKTIONSPROGRAMM DER SPD
UND DIE DURKHEIMER 16 PUNKTE
DER SPD



A 96 - 07915

NEUER VORWÄRTS-VERLAG
Hannover, Odeonstraße 15/16

Inhaltsübersicht

	Seite
Fr. Heine: Das Programm der Opposition	5
Dr. Kurt Schumacher am 21. September 1949 im Bundestag	7
Sozialleistungen in Gefahr ¹	7
Rücksichtslosigkeit gegenüber arbeitenden Schichten	7
Die Aufgabe der Opposition	8
Es droht ein autoritärer, jugendfremder Besitzverleidiungstaat	9
Es gibt zu viel Ministerien ¹	9
Gerechter Finanzausgleich in Gefahr!	10
ERP-Minister ist überflüssig!	10
Auch der Bundesrats-Minister ist überflüssig!	11
Das überflüssige Ostministerium ist gefährlich!	11
Die deutsche Einheit	13
Weniger Proklamationen und mehr Hilfe!	14
Die Folgen internationaler Wirtschaftsvorlagerungen	15
Der Lastenausgleich	15
Die Gefahren einer unsozialen Wirtschaftspolitik	17
Das Flüchtlingsproblem	19
Das Mitbestimmungsrecht	30
Deutschlands außenpolitische Stellung	21
Erich Ollenhauer am 23. September 1949 im Bundestag	24
Die Parteien in der Demokratie	24
Die Rolle der sozialdemokratischen Opposition	25
Die Sozialdemokratie in der Sowjetzone	25
Sorge um die Anwendung des Grundgesetzes	26
Die SPD zu den gewerkschaftlichen Forderungen	27
Gegen eine ungehemmte Profitwirtschaft	29
Die SPD und die Kommunisten	30
Hat die Adenauer-Regierung eine Mehrheit?	31
Dr. Carlo Schmid am 29. September 1949 im Bundestag	32
Was die SPD unter Demokratie versteht	32
Bekenntnis zur Arbeiterschaft	33
SPD und Staat	35
Die SPD zur Außenpolitik	37
SPD und Besetzungsrecht	39
SPD und deutsche Einheit	40
SPD und Frankreichpolitik	40
SPD und Europa-Rat	41
Zur parlamentarischen Haltung der SPD	42
Politische Leitsätze der SPD (Parteitag Hannover 1946)	43
Richtlinien der Politik der SPD im Bundestag (Dürkheimer 16 Punkte)	47

FR. HEINE:

Das Programm der Opposition

Der am 14. August 1949 gewählte Bundestag hat eine klare „bürgerliche“ Mehrheit. Weit über die Hälfte aller Wähler haben sich bei dieser Wahl gegen ihre eigenen Interessen entschieden.

Ein großangelegter und rücksichtsloser Verleumdungsfeldzug gegen die eigentliche Partei des Volkes, die SPD, hat noch einmal einen gewissen Erfolg genabt. Millionensummen aus den Kassen der Großindustrie und der Großbanken waren das finanzielle Rückgrat dieser Aktion. Eine im Deutschland des 20. Jahrhunderts beispiellose Einmischung der katholischen Kirche in Angelegenheiten der Parteipolitik war der moralisch-geistige Hintergrund dieser Beeinflussung mangelhaft unterrichteter Wähler.

Das Ergebnis ist eine Bundesregierung Dr. Adenauer, gebildet aus den Parteien der CDU, der CSU, der FDP und der DP, gelegentlich — unterstützt oder gedreht von den extremen Föderalisten und Nationalisten auf der Rechten.

Die Regierung Dr. Adenauer ist eine Regierung des konservativen Großbürgertums. Ihre Ideen und ihre Vorschläge für die Überwindung der Not sind verstaubt und für die Welt von heute, geschweige denn für die Welt von morgen, nicht mehr brauchbar. Sie hat jetzt vier Jahre Zeit, ihr Können zu zeigen — — die Mehrzahl der Wähler hat es so gewollt.

Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, daß diese Regierung und diese Bundestagsmehrheit unfähig sind, den Weg aus der Not zu führen. Weder die Männer, noch ihre Programme und schon gar nicht die sie tragenden Parteien haben in der Vergangenheit dafür einen Beweis zu liefern vermocht.

Über die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben und Absichten dieser Regierung hat ihr Chef, Bundeskanzler Dr. Adenauer, in einer der ersten Sitzungen des Bundestages eine Programmkündigung abgegeben. Selbst die Wahlwollenden waren sich darüber einig, daß sie günstigenfalls „eine gutniedliche Oberhürgermeister-Rede“, aber kein Wegweiser aus Chaos und Krise gewesen sei.

Wir Sozialdemokraten haben ein Programm. Wir wissen, was wir wollen. Und wir haben gezeigt, wie etwa in den zwei Aufbaujahren in Hamburg, daß wir unser Programm auch durchführen, daß wir Versprochenes auch halten, wenn uns der Wähler die Macht dazu gibt.

Die Sozialdemokraten bilden die Opposition im Bundestag. Der erste Sprecher und Führer der Opposition ist der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, zugleich der 1. Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Ihm zur Seite stehen als 2. und 3. Fraktionsvorsitzende Erich Ollenhauer, der zugleich Stellvertreter des SPD-Vorsitzenden ist und Prof. Dr. Carlo Schmid. Sie sind die Vorsitzenden der 136 Männer und Frauen umfassenden SPD-Fraktion, von der schon nach der ersten Sitzungsperiode des Bundestages klar wurde, daß sie die bei weitem fähigste, erfahrenste und kenntnisreichste aller Fraktionen dieses Bundestages ist.

Die hier folgenden Texte enthalten die wesentlichen Teile der Reden der drei sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden in ihren Stellungnahmen zur Regierungserklärung. Sie sind weit mehr als etwa eine Antwort an Dr. Adenauer. Sie sind

das Programm der Opposition!

Diese drei Reden, und ganz besonders die Rede Dr. Schumachers, waren der eigentliche Mittelpunkt der ersten, jetzt abgeschlossenen Sitzungsperiode des ersten deutschen Bundestages. Sie fanden die Aufmerksamkeit des Hauses, der deutschen und der Weltöffentlichkeit wie keine andere. Und sie werden ihr Gewicht behalten, Richtschnur bleiben; — was immer in den kommenden Jahren im Bundeshaus gesagt oder getan wird. Sie zu kennen, ist wesentlich für jeden dem unser Wohl am Herzen liegt, der nach einem Ausweg sucht.

Diese drei Reden sind nicht zufällig gute Reden mit klaren Vorstellungen. Sie sind es, weil sie auf gemeinsamen Grundannahmen beruhen, weil sie Teil des sozialdemokratischen Planes sind.

Der Wiedergabe der Reden von Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Carlo Schmid sind zwei Programme der SPD angehängt: das Aktionsprogramm der SPD, im Mai 1946; und die „16 Punkte von Dürkheim“, im August und September 1949 beschlossen. Vom Aktionsprogramm des 1. Parteitages der SPD im neuen Deutschland bis zu den Reden der SPD-Führer im ersten Bundestag wird dem Leser die einheitliche Linie der SPD sichtbar.

Die Sozialdemokraten wissen, was sie wollen. Und sie wissen, daß ihr Programm dem Volke dient.

Noch muß diese Schrift „Das Programm der Opposition“ betitelt werden. Wir Sozialdemokraten zweifeln nicht daran, daß es in spätestens vier Jahren das Programm der Regierung, der sozialdemokratischen Regierung sein wird.

Dr. Kurt Schumacher

Meine Damen und Herren! Die Erklärung der Bundesregierung sollte nicht als etwas Isoherres betrachtet werden. Sie ist zu sehen, zusammen mit der Politik der Parteien, die heute die Bundesregierung bilden, mit den Parolen des Wahlkampfes, mit den Deklarationen nach dem Wahlergebnis, mit den Methoden der Kabinettbildung und mit der Zusammensetzung des Kabinetts.

Wollte man den Kardinalssatz der Regierungserklärung, daß die Bundesregierung die soziale Gerechtigkeit zum obersten Prinzip ihrer Handlungsweise nehmen wolle, als das Programm der Regierung voll akzeptieren, dann müßte man sagen: mit diesem Programm hätte der Herr Bundeskanzler am 14. August einen rauschenden Wahlsieg über die Politik seines Wirtschaftsministers und seines Vizekanzlers davongetragen. (Beifall bei der SPD — Lachen in der Mitte und rechts.)

Sozialleistungen in Gefahr!

Aber Sozialpolitik kostet etwas, und der deutsche Besitz, der ja in seiner überwiegenden Mehrzahl hinter der neuen Bundesregierung steht, hat diese Regierung bestimmt nicht etabliert, um besonders große Aufwendungen für das Volk zu machen. (Zuruf rechts: Sie schließen von sich auf andere!)

Die Bundesregierung ist jetzt mit einer Erklärung hervorgetreten, die eine Reihe sozialpolitischer Versprechungen enthält. Am deutlichsten ist sie bei dem Versprechen der Steuersenkung geworden. Nun ist auch unsere Meinung, daß die Struktur des deutschen Steuertwesens stark umgebaut werden sollte, daß sie nach Ertrag und Rationalität nicht daß ist, was unser Staatswesen nötig hat. Wenn wir aber die Steuersenkung als Grundlage der wirtschaftlichen Erholung betrachten wollten, dann käme die Steuersenkung in einen Wettstreit mit den sozialen Leistungen und den Besatzungskosten. (Sehr gut! bei der SPD.)

Die sozialen Leistungen und die Steuersenkung zusammen dürften sich kaum verwirklichen lassen. Darum hat der Herr Bundeskanzler die sozialen Leistungen bereits von Bedingungen abhängig gemacht, von denen nicht anzunehmen ist, daß sie schon in nächster Zeit verwirklicht werden, nämlich von einer Wirtschaftsblüte, von entsprechenden Steuererträgern und ähnlichem mehr. So kommen wir wohl zu dem Schluß, daß die Steuersenkung als nahe Wahrscheinlichkeit vor uns steht, die sozialen Leistungen aber auf den Weg der Vertröstungen gleiten werden. (Zurufe in der Mitte: Abwarten!) — Wieso, haben Sie soviel Zeit? (Lachen und lebhafter Beifall bei der SPD.)

Eine gewisse Überraschung hat vielleicht der idyllische Ton der gestrigen Regierungserklärung hervorgerufen. (Sehr gut! bei der SPD — Zurufe von der Mitte.)

Auf den Ton abgestimmt: „Es ist alles nicht so schlimm“, können wir nur antworten: Es sieht so aus, als ob alles sehr viel schlimmer wäre, als die Regierungserklärung angedeutet hat. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Rücksichtslosigkeit gegenüber arbeitenden Schichten

Der Punkt, bei dem ein eindeutiges Bekenntnis der Bundesregierung vorliegt, ist die Erklärung, daß man am bisherigen Kurs der Frankfurter Wirtschaftspolitik festhalten wolle. (Gott sei Dank! in der Mitte.)

Es sind sehr reale Dinge angedeutet worden, wie die Ankündigung der Aufhebung der Zwangswirtschaft auch für die Güter, bei denen heute noch feste

Preise vorliegen. Ähnliche Bemerkungen sind bei der Betrachtung über Wohnungswirtschaft und Mietpreisgestaltung vorgenommen worden.

Die Erklärung der Bundesregierung ist fast noch interessanter durch das, was sie nicht genannt hat. (Zuruf links: Sehr wahr!)

Wir kennen uns ein demokratisches Staatswesen nicht vorstellen, bei dem die Arbeiter eine so geringe Rolle spielen, daß die Regierungserklärung das Wort „Arbeiter“ nicht einmal erwähnt hat (links Beifall), und wir können uns einen funktionierenden sozialen Organismus auch nicht recht vorstellen, bei dem die Gewerkschaften unerwähnt bleiben. (Lebhafte Beifall links.)

Es scheint mir eine schwere Undankbarkeit gegenüber den Gewerkschaften, wenn man nicht anerkennt, daß ohne sie die Lage des deutschen Volkes sehr viel schlechter sein würde (lebhafte Beifall links), und wir haben auch verdielt — bei aller Anerkennung der liebenswürdigen Ausflüge in das Gebiet der Nöte der unverheirateten Frauen — ein grundsätzliches Anerkenntnis der Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz. Aus dieser These nämlich resultiert für die Regierung eine große Menge von Aufgaben (Unruhe) und wir hätten gerne gewußt, wie die Verwirklichung dieser Aufgaben sich in den Augen der Regierung darstellt.

Die Aufgabe der Opposition

Nun, wir sind die Opposition, und was Opposition ist, darüber hat sich eine unglaublich naive Diskussion erhoben. Die vorbehaltlose Überwertung der Regierungsfunktion und die ebenso vorbehaltlose Unterbewertung der Oppositionsfunktion stammt aus dem Obrigkeitstaat (Beifall links), und die Begriffe des Obrigkeitstaates scheinen noch in vielen Köpfen auch in diesem Hause sehr lebendig (Beifall links).

Eine Opposition ist nicht dann staatsverhaltend, wenn sie eine wohlwollende Beurteilung durch die Bundesregierung oder durch ihre Parteien findet. Wir haben eine in Sachen der Besitzverteidigung sehr unsentimentale Regierung und es wird die Aufgabe der Opposition sein, bei der Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung ebenso unsentimental zu sein. Der Egoismus liebt es, an die Gemeinschaftsgefühle zu appellieren. (Sehr gut! rechts.)

Die Regierung und die Opposition werden nach ihren Leistungen beurteilt werden. Aber, welche Abgeordnete, der Grundsatz gilt für die Opposition, daß die Regierung sich die Mehrheiten für ihre Gesetze aus den Reihen der Regierungsparteien zu schaffen hat. (Zuruf aus der Mitte: „Sie sind grundsätzlich gegen alles.“)

Verzeihung, Sie hatten die Bemerkung gemacht: „Grundsätzlich gegen alles“ — Ich glaube, darauf antworten zu müssen. Ich bin nicht in der Lage, in drei Sätzen alles zu sagen, was ich zu sagen habe. (Zuruf aus der Mitte: „Dem Kanzler werfen Sie es vor!“)

Nun, der Kanzler hat 82 Minuten gesprochen, das ist etwas länger als — (große Unruhe).

Man kann also als Opposition nicht die Ersatzpartei für die Regierung sein und die Verantwortung für etwas übernehmen, wofür die Verantwortung zu übernehmen sich manche Regierungsparteien gegebenenfalls scheuen werden. Die Opposition ist ein Bestandteil des Staatslebens und nicht eine zweitrangige Hilfsstellung für die Regierung. (Beifall links.)

Die Opposition ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer Totalherrschaft. Ihre Eindeutigkeit zwingt alle Parteien, die der Opposition wie die der Regierung, ihr innerstes Wesen an ihren Taten zu offenbaren. (Beifall links.) Aber ebenso richtig ist, daß die Opposition sich nicht in der bloßen Verneinung der Regierungsvorschläge erschöpfen kann. (Zuruf aus

der Mitte: „Gut!“) Das Wesen der Opposition ist der ununterbrochene Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen. (Lebhafte Beifall links.)

Es droht ein autoritärer, jugendfremder Besitzverteidigungsstaat

Wesen und Zusammensetzung dieser Regierung bringen die große Gefahr, daß dieser neue Staat ein autoritärer Besitzverteidigungsstaat werden kann. In der Zusammensetzung der Regierung und den gestern vorgetragenen Tendenzen sehen wir, daß die erste Periode von Weimar glatt übersprungen werden ist und wir bereits in einer zweiten Periode der absoluten Restauration mit stark vorweimarerischen Zügen sind. (Lachen.) Das bringt die Gefahr der Entfremdung der arbeitenden Menschen vom Staat. Das ist eine Gefahr, die wir als Opposition bekämpfen wollen. Es ist die Aufgabe der Opposition, die Dinge im Sinne einer Entwicklungsmöglichkeit zum Demokratischen und Sozialen im Fluss zu halten. Manches, was gestern gesprochen worden ist, war eine Schau nach rückwärts. Ich möchte eindeutig sagen, daß auch der wohlwollendste Ton der Ermahnung und die allmählich etwas abgestandene Bemerkung, daß die Jugend die Zukunft bedenkt, der Jugend sehr wenig sagt. Die Jugend wünscht realen Bönen, wünscht positive Lebensaussichten durch eine soziale Politik, (Zuruf: Gut!) und die Jugend wünscht, gleichberechtigt behandelt zu werden. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Auf alles kann die Jugend verzichten, sogar auf Moralpredigten und Ermahnungen. Nicht verzichten kann sie auf das Gefühl, als gleichwertiger Faktor im Staats- und Volksleben geachtet zu werden. (Beifall links.)

Die Regierungsbildung steht unter dem Zeichen des 14. August. Allerdings hat sie länger gedauert, als man damals annahm. Ihre Methoden waren nicht so eindeutig wie das Wahlergebnis nach den Versicherungen der Regierungsparteien sein soll. Die Tatsache besteht, daß der Rechtsdruck im deutschen Volk bedeutsamer ist, als die Mandatszahlen es ausdrücken. Dieser Druck von rechts kann bis tief in die Mitte hinein lähmende Wirkungen haben. Daraum ist es schon verständlich, daß man sich sehr stark in sozialen Versicherungen gefällt. Unverständlich bleibt dann, warum man in der Frankfurter Wirtschaftspolitik alles das verhindert hat, was man jetzt als Zukunftsversprechungen an die arbeitenden Massen abgibt. Die Dauer, die Methoden der Regierungsbildung und die Art, mit der die Macht verteilt worden ist, haben keinen sehr berücksichtigen und beglückenden Eindruck auf das deutsche Volk gemacht. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Seelos.) — Verzeihen Sie, Sie sind wohl mit Verspätung als Kreuzfahrer aus Bayern hier in Bonn eingetroffen! (Lachen links.)

Wenn man all die Herren, denen man einen Ministerposten versprochen hat und die ihn dann nicht bekommen haben, heute hier zu einer Fraktion zusammenfassen würde (Lachen links), dann wäre das nicht die kleinste Fraktion des Bundestages. (Lebhafte Beifall und Lachen links.)

Es gibt zu viel Ministerien!

Wir haben eindeutig zu erklären, daß wir mehr Ministerien erhalten haben, als nach den Erklärungen maßgebender Männer der Regierung notwendig zu sein schien. — Wir haben drei Ministerien zu viel! Wir haben außerdem Sorgen um die innere Organisation der Ministerien. Der Herr Bundeskanzler hat sich gestern zum Prinzip des Berufsbemantentums bekannt. Dieses Prinzip hat dann einen großen politischen Sinn, wenn die Beamtung ein vertrauer

würdiges Instrument für jede demokratische verfassungsmäßige Regierung ist. (Sehr richtig! links.) Wir betonen bei der Neuorganisation der Behörden die Gleichberechtigung aller verfassungstreuen politischen Richtungen in der Besetzung der Beamtenpositionen. (Zurufe: Ahal — Weitere Zurufe von rechts und aus der Mitte. — Beifall links.)

Die Herren, die mir widersprechen, scheinen die Tatsache ihrer Regierungsbeteiligung mit der anderen Tatsache zu verwechseln, daß es große Stellenvermittlungsorganisationen gibt. (Zuruf aus der Mitte: Bei der SPD — Sehr richtig! Beifall links.)

Gerechter Finanzausgleich in Gefahr!

Wir haben der Position des Bundesfinanzministers ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Wir betonen, daß ein Bundesfinanzminister mit gleicher Gerechtigkeit gegenüber allen Ländern Deutschlands die gleichen Prinzipien und den gleichen Willen zu zeigen hat. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir dürfen nicht erleben, daß ein Bundesfinanzminister etwa der Verlockung einer praktisch betätigten überstarken Heimatliebe unterliegt. (Lachen links. — Abg. Dr. Seelos: Das ist für den Sozialismus furchtbar!) — Was wissen Sie denn vom Sozialismus; buchstabieren Sie einmal das Wort! (Lachen und lebhafter Beifall links.)

Ohne eine gleichmäßige gerechte Anwendung der Finanzhöheit ist keine Hilfe für die schwachen Länder, aber auch keine Möglichkeit der Bewältigung der entscheidenden großen sozialen Fragen, keine Hilfe in der übergeordneten Frage der Flüchtlinge gegeben.

Die Wahlen in den steuerschwachen Ländern haben ja gezeigt, daß dort, wo die Armee der Flüchtlinge massiert und deshalb die Arbeitslosigkeit überstark ist, die Chance für den Radikalismus — das ist in der heutigen Situation der Rechtstradikalismus — vorhanden ist. (Zurufe: Ahal — Weitere Zurufe rechts.) Was wir dem Rechtstradikalismus und dem Hypernationalismus in erster Linie vorwerfen, das ist der Umstand, daß er in seinen Auswirkungen schlecht für Deutschland ist. (Lebhafte Beifall bei der SPD.)

Gerade darum muß die Hilfe den steuerschwachen Ländern zuteil werden. Interessant und etwas schmerzlich war uns, daß in der gestrigen Regierungserklärung kein Wort vom Finanzausgleich zu hören war (Hört, hört bei der SPD) und auch nichts von den Gemeinden, ihrer Selbstverwaltung, ihren großen Aufgaben und ihrer sozialen Belastung. Wir kündigen die stärkste Gegnerschaft an für den Fall, daß das Grundgesetz zugunsten betont überföderalistischer Regelungen seiner einheitstrebenden Tendenzen entklidet wird. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Wir wollen keine Revision des Grundgesetzes durch Verwaltungsorganisationen, durch Personenauswahl, durch Schaffung von Vorgängen!

Gefreut haben wir uns im ersten Augenblick, als wir das Wort von der Rechtsgleichheit in den elf deutschen Ländern hörten, bis dann der Gedanke kam, daß die Rechtsgleichheit je nach verschiedenen Prinzipien geschaffen werden kann: nach dem des am meisten fortgeschrittenen Landes und nach dem des am meisten zurückgebliebenen Landes. (Lebhafte Zustimmung und Zurufe bei der SPD.) Wir dürfen da wohl die Hoffnung aussprechen, daß wir von Regierungsseite zu diesem Punkt noch einige Erklärungen bekommen werden.

ERP-Minister ist überflüssig!

Wenn wir die Organisation der Ministerien und Behörden betrachten, so müssen wir sie als das Ergebnis opportunistischer Tagespolitik empfinden. Da-

durch kann die Entwicklung in falsche Bahnen gelenkt werden zum Mißwuchs der Behörden.

Ich sagte: Wir haben drei Ministerien zuviel. (Zuruf rechts: Ja, welche darin?) — Wir brauchen keinen besonderen ERP-Minister! — Warum denn? Entweder hat er nichts zu tun, oder er hat deswegen zuviel zu tun, weil er der Überminister der Ökonomie ist. Nach der bisher nicht erfreulichen Verwendung der Marshallplan Gelder auf allen Gebieten (Sehr wahr! bei der SPD) fordern wir die Vorlage eines Planes und eines detaillierten, vom Parlament kontrollierten Nachweises ihrer Verwendung. (Lebhafte Zustimmung bei der SPD.) Wir wünschen am allerwenigsten die etwas fadenscheinige Begründung diplomatischer Natur von der Notwendigkeit der Vertretung deutscher Interessen in Paris durch Männer im Kabinettsrang zu hören. Das ist etwas antiquiert.

Auch der Bundesrats-Minister ist überflüssig!

Wir brauchen auch keinen besonderen Minister für den Verkehr mit dem Bundesrat. (Sehr wahr! bei der SPD. — Zurufe rechts.) — Was soll denn ein Sonderminister mit dem Bundesrat verkehren? Die Linie der Politik wird vom Bundeskanzler bestimmt; er hat zu ihrer Durchführung seine Beamten. Das ist doch eine Konstruktion zur Anbindung einer Partei als Regierungspartei. (Erneute lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Das überflüssige Ostministerium ist gefährlich!

Und wir brauchen kein besonderes Ostministerium. Wir brauchen auch nicht ein Staatssekretariat beim Bundeskanzler. Wir brauchen eine Abteilung beim Inneministerium (Sehr gut! bei der SPD), die die Fragen im Verkehr zwischen der Bundesrepublik und zur Ostzone zu behandeln hat und außerdem die sozialen und verwaltungsmäßigen Probleme auf diesem Gebiet. Wir sollten dadurch manifestieren, daß das Verhältnis der deutschen Bundesrepublik zur sowjetischen Besatzungszone ein innerdeutsches Problem ist. (Händeklatschen bei der SPD.)

Es entstehen bestimmt nichtgewollte Gefahren dadurch, daß die Möglichkeit gegeben wird, durch die Errichtung eines besonderen Ministeriums diese Dinge auf der völkerrechtlichen Ebene zu diskutieren. Die Sozialdemokratie hat schon 1945 ihre Stimme für die deutsche Einheit erhoben. Sie war auch die erste deutsche Partei, die den Versuch bejahte, auf der Grundlage der ökonomischen und administrativen Festigung der Westzonen eine anziehende Kraft auf die Ostzone auszuüben. Aber die Grundlinien dieser Politik sind eine gesamtdeutsche Angelegenheit, unter voller Verantwortung des Chefs der Regierung und unter verantwortlicher Mitarbeit aller Parteien dieses Hauses! (Bravorufe und Händeklatschen bei der SPD.)

Um Mißverständnissen, gewollten Mißverständnissen entgegenzutreten, möchte ich sagen: die deutsche Einheit ist nur möglich auf der Grundlage der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit und der gleichen Wertung und Würdigung der Menschenrechte in allen Besatzungszonen. (Bravorufe und Händeklatschen bei der SPD und vereinzelt in der Mitte.)

Aber die deutsche Einheit ist nicht möglich in der Form einer russischen Provinz oder eines sowjetischen Satellitenstaates. (Lebhafte Zustimmung bei der SPD und in der Mitte.) Wir haben im Verkehr der Parteien miteinander hier schwere Hypotheken in allen Lagern, um stärksten aus der Tatsache heraus, daß die Oberschicht der heutig formal noch bestehenden Christlich-Demokratischen Union (Lachen in der Mitte und rechts) und der Liberaldemokraten

in der Ostzone Regierungspartei ist. (Sehr gut! bei der SPD.) Als Regierungsparteien sind sie voll verantwortlich für alles, was in der Ostzone geschieht. (Bravorufe und Händeklatschen bei der SPD.)

Weil wir diese Verzerrung und Verquälzung nicht wollen. — (Lebhafte Zurrufe rechts: Grotewohl! Dutzendel!) — Nun, wir haben Grotewohl hinausgeschmissen (Gehen rechts), aber ihr seid noch immer dieselben Naschkoten! (Große Heiterkeit. — Bravorufe und Händeklatschen bei der SPD.)

Wir müssen bei dieser Politik auch abrücken von einem Rückfall in die missionarische Illusion der Brückentheorie. Das sind Illusionen, die 1933 entstanden aus der Hoffnung, mit einem totalitären Gegner, der das Ganze will, zu einem Kompromiß zu kommen. Wir dürfen nicht hineinrutschen in eine Anerkennung der Blockpolitik, die in Wirklichkeit die Herrschaft der stärksten Regierungspartei und der hinter ihr stehenden Besatzungsmacht ist. Wir sollten derartige Dinge unterlassen wie die beiden Godesberger Gespräche. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich verstehe, daß in den eisigen Stürmen des kalten Krieges sich manche Leute in Deutschland den Charakter erkältet haben. Einige dieser Herren sind heute Mitglieder der Bundesregierung. (Hört, hört! links.) Da sie aber bei der zweiten Godesberger Tagung nicht dabeigewesen sind, dürfen wir die frohe Erwartung aussprechen, daß sie mit einem leichten politischen Schnupfen davongekommen sind. (Heiterkeit.)

Die neue Linie der Kommunisten aber ist nicht deswegen interessant, weil sie von den deutschen Kommunisten kommt, sondern deswegen, weil sie nur möglich ist als die Auftragserfüllung sowjetrussischer Auftraggeber. Nun, werte Abgeordnete, haben wir einer solchen Versuchung nicht entgegenzutreten mit primitiven Anti-Deklamationen, sondern mit einer positiven Zeichnung des deutschen Staats- und Soziallebens. Nach der Ansicht der ganzen Sozialdemokratischen Partei ist der Boden, auf dem ein erfolgreiches Bestehen dieser Angriffe am ehesten möglich ist, der Boden des demokratischen Sozialismus. (Händeklatschen bei der SPD. — Zuruf: Sozialismus haben wir drüben genug!)

Die Kommunisten versuchen es mit allen möglichen Mitteln. Wir haben dieses Liebeswerben schon mehr als ein dutzendmal seit Bestehen der ersten deutschen Republik gehört. Auch jetzt macht es wenig Eindruck auf uns, die Pferde der trojanischen Kavallerie galoppieren zu hören. Aber seien Sie sich darüber im klaren, daß der Versuch, eine nationale Front zu errichten, auf der Grundlage der geistigen und politischen Verwüstung von fast eineinhalb Jahrzehnten eine gefährliche Bedrohung ist! Nicht die sozialrevolutionäre, sondern die nationalrevolutionäre Parole des Ostens kann heute eine Gefahr für die deutsche Einheit und für die werdende Bundesrepublik bilden. (Sehr richtig! bei der SPD.) Wir sind in einer Situation, in der das deutsche Volk bereits weitersoweit ist, auch große soziale Versager als Heizstoff für einen neuen Nationalismus und für einen Neofaschismus zu verwerten. (Sehr richtig! bei der SPD.) Dieser Gefahr muß entgegengetreten werden.

Wenn übrigens die Herren von der Kommunistischen Partei die Freundlichkeit hatten, kürzlich bei der Wahl des Bundespräsidenten ihre Stimme für mich abzugeben, so möchte ich sie auf einen peinlichen Gegensatz aufmerksam machen. Im Osten wird noch strikte die Parole befolgt, und ihre Nichtbefolgung füllt auch heute noch die Konzentrationslager: „Die Schumacherlinge müssen nicht nur moralisch, sondern auch physisch vernichtet werden!“ (Hört! Hört! bei der SPD.) Ich würde die Herren von der Kommunistischen Partei bitten, den arbeitenden Massen in Deutschland einmal diesen Zwiespalt der kommunistischen Natur zu erklären. (Abg. Reimann: Ich werde morgen darauf antworten, Herr Dr. Schumacher!) — Herr Reimann, die politische Erfahrung lehrt: Es gibt

nicht nur Wölfe im Schafspelz, es gibt auch Schafe im Wolfspelz! (Große Heiterkeit und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Köhler (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich einen Moment unterbrechen. Ich nehme an, daß Sie mit Ihrer Bemerkung „Schafe im Wolfspelz“ kein Mitglied des Hauses gemeint haben. (Heiterkeit.)

Dr. Schumacher (SPD) — fortfahrend —: Ich würde, Herr Präsident, mit Ihrer Billigung Herrn Reimann die Entscheidung darüber überlassen. (Erneute Heiterkeit.)

Die deutsche Einheit

Wenn wir die Frage der deutschen Einheit diskutieren, dann können wir an der Frage Berlin nicht vorübergehen. (Sehr gut!) Berlin wünscht keine Wohlthaten und keine Wohlteile-Allüren. (Sehr gut!) Die besondere Finanzhilfe für Berlin ist nicht eine Angelegenheit freiwilliger Zuwendungen, sondern muß zu einem festen Bestandteil im Elat der deutschen Bundesrepublik gemacht werden. (Zuruf: So war es doch!) Man sollte auch nicht nur dieser Zuwendung von Mitteln der Allgemeinheit zustimmen. Man muß in der Wirtschaftspolitik Berlin durch Vergabe von Krediten und von Aufträgen mehr Hilfe leisten als bisher. Auf diesem Gebiet, wo egoistische Interessen westlicher Produzenten mit Berliner Produktionsinteressen konkurrieren können, haben wir als deutscher Westen für Berlin noch lange nicht das geleistet, was zu leisten unsere Aufgabe ist. (Sehr wahrt!) Man darf doch nicht vergessen, daß man den Kampf der Berliner nicht für die deutsche Bundesrepublik zu Buche schreiben kann und dann, wenn eigene kleinere Interessen auf dem Spiel stehen, Berlins Lebensnotwendigkeiten irgend etwas verweigern. Berlin hat den Willen, Produktionsstätte und Steuerzahler zu werden. Aber um diesen Willen zu realisieren, brauchen wir eine andere Linie der Wirtschaftspolitik, zum Teil auch die Einlösung von Versprechungen, die in diesem Früh Sommer von einem Herrn der Bundesregierung in Berlin gemacht worden sind. (Sehr gut! links.)

Mögen nun viele Leute diesen Zustand der Spaltung Deutschlands für relativ und vorübergehend zufriedenstellend erachten, wir Sozialdemokraten können das nicht. Die Frage der deutschen Einheit kommt nicht mehr von der Tagesordnung. Wir können niemanden als einen Freund des deutschen Volkes empfinden, dessen praktische Politik die deutsche Einheit auf der demokratischen Grundlage verweigert und behindert. (Sehr gut! links.)

Wir können uns auch nicht damit einverstanden erklären, daß die deutsche Einheit zum Agitationsobjekt einer politischen Richtung gemacht wird. Wir wünschen, daß die deutsche Einheit überall in Deutschland die Angelegenheit der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entschiedenheit ist. (Bravo! Beifall links und in der Mitte.)

Wenn der Herr Bundeskanzler gestern der dankenswerten Arbeit ausländischer und inländischer Organisationen seine Achtung zollte, dann begrüßen wir das. Wir hätten aber gewünscht, daß der Herr Bundeskanzler bei diesem Dank nicht nur so in den Vorstellungen seiner eigenen Welt steckengeblieben wäre. (Sehr gut! links.) Ich habe dabei an die Arbeiter-Wohlfahrt und ihre Leistungen denken müssen. (Beifall links) Ich habe an das grandiose Hilfswerk ausländischer Arbeiterorganisationen denken müssen, (Sehr gut! links) und ich habe auch an die Quäker, die Mennoniten und Juden und ihre Hilfsorganisationen denken müssen. (Beifall links.) Es mag dem Wesen der Politik entsprechen, gegnerische Leistungen relativ gering einzuschätzen, und man kann es nicht übernehmen, wenn sich die Gegner nicht zu gegenseitigen Propagandisten ihrer Leistungen machen, — aber daß man beispielsweise über den Kampf der deutschen Sozialdemokratie um die deutschen Kriegsgefangenen so einfach hinweggegangen ist, (Sehr richtig! links) das ist auch nationalpolitisch von uns als nicht erfreulich empfunden worden. (Sehr wahrt! links.) Wir Sozial-

demokraten danken von ganzem Herzen für die ungeheuere Leistung des amerikanischen Volkes und des im amerikanischen Staatswesen organisierten amerikanischen Steuerzahlers an das deutsche Volk. Aber sogar für amerikanische Ohren wäre gestern der Dank eindringlicher gewesen, wenn nicht die Tatsache einfach ignoriert worden wäre, daß auch der britische Steuerzahler und das englische Volk ohne Unterschied der Parteien und unter eigenen Opfern und Entbehrungen Großes für das hilfbedürftige deutsche Volk geleistet hat. (Beifall links.)

(Beifall links.) Ich bin zu meinem Bedauern gezwungen, festzustellen, daß sehr viele Menschen im Auslande sehr viel mehr Verständnis für die sozialen Nöte der Deutschen gezeigt haben als mancher Deutsche. (Sehr wahr! links.) Es ist schmerzlich, aber es muß gesagt werden, daß die deutsche Sozialdemokratie einmal nicht in der Lage ist, einen Dank an die deutschen Hörungsgewinner auszusprechen. (Sehr gut! und Beifall links.)

Weniger Proklamationen und mehr Hilfe!

Dagegen kann ein Unterlassen nicht unwidersprochen bleiben: Die deutschen Kräfte des Widerstandes und die deutschen Opfer des Faschismus gehören doch zu den wenigen außenpolitischen Aktiven des deutschen Volkes und der deutschen Außenpolitik. (Sehr richtig! links.)

Von diesen Menschen ist gar kein Wort gesagt worden. Man kann nicht gegen den Nazismus sein, ohne der Opfer des Nazismus zu gedenken. (Sehr gut! links.)

Zu matt und zu schwach ist gewesen, was gestern die Regierungserklärung über die Juden und über die furchtbare Tragödie der Juden im Dritten Reich gesagt hat. Resignierte Feststellungen und der Ton des Bedauerns helfen hier nichts. Es ist nicht nur die Pflicht der internationalen Sozialisten, sondern es ist die Pflicht jedes deutschen Patrioten, das Geschick der deutschen und der europäischen Juden in den Vordergrund zu stellen und die Hilfe zu bieten, die dort notwendig ist. (Beifall links.) Die Hitlerbarbarie hat das deutsche Volk durch Ausrottung von sechs Millionen jüdischer Menschen entehrt. An den Folgen dieser Entherrung werden wir unabsehbare Zeiten zu tragen haben. Von sechshunderttausend deutschen Juden leben heute im Gebiet aller vier Zonen nur dreißigtausend meist ältere und kranke Personen. Auch sie erleben immer wieder beschämende und entwürdigende Vorfälle. In Deutschland sollte keine politische Richtung vergessen, daß jeder Nationalismus antisemitisch wirkt und jeder Antisemitismus nationalistisch wirkt. Das bedeutet nämlich die freiwillige Selbstisolierung Deutschlands in der Welt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Antisemitismus ist das Nichtwissen von den großen Beiträgen der deutschen Juden zur deutschen Wirtschaft, zum deutschen Geistesleben und zur deutschen Kultur und bei der Erkämpfung der deutschen Freiheit und der deutschen Demokratie. Das deutsche Volk stände heute besser da, wenn es

diese Kräfte des jüdischen Geistes und der jüdischen Wirtschaftspotenz in seinen Reihen haben wurde bei dem Aufbau eines neuen Deutschlands (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Folgen internationaler Wirtschaftsverlagerungen

Nun ist durch den Vorgang der internationalen Abwertung eine neue Erschwerung eingetreten. Die überholte politische und ökonomische Struktur Europas ist der Grund der Wehrlosigkeit, bei der die endgültige Heilung auch durch große Dolartransfusionen nicht gebracht werden kann, so notwendig sie sind, um das Leben für die nächste Zeit zu erhalten. Wir sind, nachdem wir jetzt mehrere Jahre im toten Winkel lagen, auch in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft hineingezogen worden und der erste Ausdruck war das Hineingezogenwerden. (Zuruf von der CDU: Denken Sie an die sozialen Experimente Englands!) — Nein, Sie haben meine drei letzten Sätze nicht verstanden. Lernen Sie sie bitte bis morgen auswendig. (Heiterkeit.) Dieses Hineingezogenwerden hat sich ja zum erstenmal bei der Abwertung geltend gemacht. Nun werden wohl Parallelen notwendig sein, Parallelen über Gebiete, die eben auch der Zwischenruf angedeutet hat und wo Sachkenntnis durchaus heilend wirken könnte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Man braucht bloß die besondere Situation Großbritanniens und seine Möglichkeit, den inneren lohnpolitischen und preispolitischen Konsequenzen der Abwertung zu begegnen, mit der besonderen Situation Deutschlands zu vergleichen. Über den Rahmen der Anteilnahme am Verlust des Krieges hinaus sind breite Massen des deutschen Volkes heute gegenüber diesem Ereignis wehrloser als die arbeitenden Menschen irgendwelches anderen europäischen Volkes.

Der Lastenausgleich

Und weswegen sind sie wehrloser? Weil ihre soziale Polsterung durch die Geringfügigkeit der Reallöhne und die Einseitigkeit bei der Währungsreform und dem hintertriebenen Lastenausgleich sehr viel schlechter ist als bei irgendinem Volke Europas.

Wenn der Bundeskanzler erklärt, nur eine blühende Wirtschaft könne die Belastung aus dem Lastenausgleich tragen, dann werden wir daraus folgern müssen, daß man in der Regierung den radikalen endgültigen Lastenausgleich nicht gerade mit heißem Herzen will. Das bedeutet die Verschiebung des Lastenausgleichs. Der Lastenausgleich, der notwendig ist, ist doch ein Lastenausgleich der weitgehend zu einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse und vor allem zu einer Veränderung der Einkommensverhältnisse beiträgt.

Ich glaube nicht, daß man mit der heutigen sozialen Graduierung der Bevölkerung einen neuen lebensfähigen demokratischen Staat aufbauen kann. Wir haben jetzt gesehen, daß wir heute schon Reallöhne haben, die unter den anderen Reallöhnen Europas liegen, was man bei den Realgewinnen der meisten Sachwertbesitzer nicht sagen kann. Wir haben eine weitere Bedrohung der Reallöhne im kommenden Winter durch die Ankündigung der Aufhebung der restlichen Bewirtschaftung, die vor allem bei der Bildung der Lebensmittelpreise und der Mieten geltendgemacht würde. In diese Situation der geschwächten sozialen Position der arbeitenden Menschen in Deutschland tritt nun die Abwertung. Eine Reihe von Trostpíllen der letzten Tage sind nicht aus guten Chemikalien gemacht. Die radikale Trennung des äußeren valutarischen Wertes der D-Mark von dem inneren Kaufkraftwert ist nur recht beschränkt möglich. Und selbst das auch nur dann, wenn besondere Regierungsmaßnahmen eingesetzt werden. Das gilt vor allem für die Preispolitik. Man kann nicht das Volk auffordern, bei steigenden Preisen zu sparen. Spartätigkeit ist nur bei

festen oder möglichst sogar rückläufigen Preisen möglich. Man kann nicht diese Wirtschaftspolitik betreiben und dann mit der Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers weitergehen, die von „geringsfügigen Veränderungen im Lohn- und Preisgebäude“ spricht. Geringfügig werden die Veränderungen nicht sein, wenn nicht staatliche Hilfe kommt. Aber die Möglichkeiten der staatlichen Hilfe, besonders in der Form einer positiven Preispolitik, sind ja durch die letzten 15 Monate deutscher Wirtschaftspolitik zerschlagen worden. (Schr. richtig! bei der SPD. — Zuruf rechts.) Die bessere Position Großbritanniens besteht jetzt eben darin, daß es ein funktionierendes System der Planwirtschaft (große Heiterkeit rechts) mit Investitionslenkung hat. (Erneute Heiterkeit und Zuruf rechts: Deshalb die Abwertung.) Meine Herren, Sie haben anscheinend von Planwirtschaft und Investitionslenkung nur in den Formen wohlpropagandistischer Formulierungen gelesen. (Unruhe und Zuruf rechts: Das haben die Nazis gemacht!) Verzeihung, Sie waren doch zum großen Teil Nazi und nicht Großbritannien, wenn ich mich recht erinnere. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links. — Unruhe und erregte Zurufe rechts: Unverschämtheit! Ordnungsruß! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Dr. Schumacher, ich möchte Sie fragen, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie eben zu einem Teil des Hauses gesagt haben: Sie waren Nazis und doch nicht Großbritannien! Dr. Schumacher (SPD): Ein großer Teil, habe ich gesagt. (Lebhafte Pfeiferei in der Mitte und rechts. — Abg. Renner: Herr Präsident, kennen Sie nicht die Fragebogen verschiedener Abgeordneter? — Unruhe.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Schumacher, ich glaube, es dient dem ruhigen Ablauf (Zuruf rechts: Preußische Arroganz ist das! — Weitere Zurufe — Lassen Sie mich doch bitte ausreden, Herr Abg. Dr. Schumacher, ich möchte Sie darauf hinweisen — — (Zurufe links.) — Meine Damen und Herren, ich spreche jetzt und bitte, mich nicht zu unterbrechen und diese Zwischenrufe beizulegen. (Abg. Renner: Von wegen!) Herr Abgeordneter Dr. Schumacher, Sie haben einem Teil des Hauses den Vorwurf gemacht, es seien Nazis. (Abg. Reimann: Mit Recht!) Ich mache darauf aufmerksam, daß diese Frage durch die Entnazifizierungsgesetze — (Große Heiterkeit bei der KP und der SPD. — Zuruf: Sie waren es doch!) in juristischer Beziehung als erledigt gelten muß. Es wird die Aussprache hier erschweren, wenn derartige Kennzeichnungen erfolgen. Ich darf daher, Herr Dr. Schumacher, an Sie appellieren, diese Ausdrücke nicht zu wiederholen.

Dr. Schumacher (SPD): Ich akzeptiere selbstverständlich die Richtlinien des Herrn Präsidenten. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß in diesem nicht sehr sinnvollen Zusammenhang die Einführung des Begriffs Nazis durch Zwischenrufe von jener Seite des Hauses (nach rechts) geschehen ist. Vielleicht können wir uns besser einigen, wenn sich die Herren einmal dahin konzentrieren würden, zu erkennen, erstens, daß wir vor ihnen keine Angst haben — (Sehr wahr! bei der SPD. — Zurufe rechts.) und zweitens, daß zu einer demokratischen Auseinandersetzung auch eine gewisse Selbstzucht der Zuhörer gehört. (Beifall und Händeklatschen bei der SPD. — Große Unruhe und Erregung rechts. Zuruf: Keine Beleidigungen, Herr Abgeordneter! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Dr. Schumacher, ich muß Sie noch einmal unterbrechen. Es geht nicht an, hier festzustellen, daß unter den Parteien des Hauses etwa irgendeine Angst der einen oder der anderen wegen der Auseinandersetzung besteht. Hier haben alle Fraktionen dasselbe Recht. Ich muß deshalb diese Feststellung energisch zurückweisen und bitte Sie, mir nicht noch einmal Gelegenheit zu geben, zu anderen Formen der Zurechtweisung zu schreiten. (Händeklatschen rechts. — Unruhe und Zuruf links: Unerhört!)

Dr. Schumacher (SPD): Dann möchte ich feststellen, daß der Verlauf — [Weitere Unterbrechung Zurufe links. — Abg. Reimann, Sie glauben wohl, Herr Köhler, Sie sind hier im Wirtschaftsrat!] — ich möchte feststellen, daß der Verlauf der Sitzung (Abg. Reimann: Das ist doch unerhört!) ein reichlich unregelmäßer gewesen ist und daß es die Herren von der anderen Seite des Hauses für angemessen gehalten haben, permanent durch Randalieren und ungewöhnliche Zwischenrufe einen geordneten Ablauf der Debatte zu verhindern.

Nun aber wieder zur Sache: Ich möchte den Herren nicht die Gelegenheit nehmen, auch etwas zu lernen. (Lachen und Zurufe rechts.)

Gerade der geringe Reallohn hat die deutsche Wirtschaft und die arbeitenden Menschen in Deutschland gegen eine neuerliche Bedrohung besonders empfindlich gemacht. Es wäre gut, wenn sich alle Kreise des Volkes dazu verstehen könnten, die Quote der Abwertung geringer zu nehmen, als etwa vom Gesichtspunkt interessierter Kreise von Importeuren und Exporteuren wünschenswert erscheint.

Wir haben weiter in der Regierungserklärung die Feststellung vernichtet, daß in Deutschland nicht nur binnengewirtschaftlich bestimmte Preise vorhanden sind, sondern auch Preise, welche von Lebensmitteln und Textilrohstoffen herführen, die von außen eingeführt werden und darum in jedem Fall auf die Lebenshaltung der Konsumenten einwirken. Wir hätten gern gehört, was zur Abwehr der schlimmen Konsequenzen dieser einfuhrabhängigen Preise getan wird. Wir hätten gern vernommen, wie die Dinge bei der Versorgung der minderbemittelten Schichten mit Brot und den sonstigen wichtigsten Lebensmitteln aussehen sollen. Wir hätten gern etwas über ein Subventionsprogramm gerade auf diesen Gebieten gehört. (Sehr gutl bei der SPD.)

Denn Sie können doch nicht glauben, daß das Schicksal der armen Leute immer tiefer herabgedrückt werden kann und nicht nur der Reallohn, sondern aus die Realrenten im Uferlosen verschwindet. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Nun haben wir ja gewisse Reserven; wir haben gewisse Möglichkeiten, hier einzutreten. Das ist die aktive Preispolitik. Das ist der Kampf um die Minderung der Besatzungskosten. Das ist ein mehr wirtschaftlicher Einkauf von ausländischen Lebensmitteln, (Sehr gut! bei der SPD.) Dann gibt es die Chance einer zusätzlichen Auslandshilfe auf dem Gebiet der Hilfe für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen.

Lassen Sie mich noch einen Punkt erwähnen, nämlich die Wiederaufnahme der eigenen Handelsschiffahrt. Sie dient zur Gewinnung von Devisen und zur Entlastung der Zahlungsbilanz. Wir haben heute 25 Prozent der Marshallplangelder für Seetransporte der deutschen Importe aufzuwenden. (Hört! Hört! bei der SPD.)

Ich möchte die Aufmerksamkeit der Bundesregierung darauf lenken, daß jetzt die Gelegenheit ist, die Serien von Fischerei- und Frachtschiffen freizubekommen, deren Größenklassen in London beschlossen sind.

Die Gefahren einer unsozialen Wirtschaftspolitik

Wir haben heute einen Staat, den wir Sozialdemokraten als einen Staat der überwiegenden sozialen Restauration ansehen. Wir haben einen Staat, von dem wir befürchten, daß seine Führung gar zu leicht in Versuchung kommt, die Volksmassen als Objekte zu behandeln. Demgegenüber haben wir unseren positiven sozialdemokratischen Gestaltungswillen auf allen Gebieten der Politik zu setzen. Zu dem gehören der Lastenausgleich und die Sozialisierung, die auch durch das Wahlergebnis nicht von der Tagesordnung verschwunden ist. Wir hätten gern gewußt, wie dieser einsame, in der Regierungserklärung so fremd dastehende Satz von der Änderung der Besitzverhältnisse in den Schwerindustrien zu verstehen ist. (Lebhafter Beifall bei der SPD.) Deutlicher wäre schon gewesen, wenn der Herr Bundeskanzler

von Eigentumsverhältnissen gesprochen hätte (Schröder bei der SPD) und an die Gewaltlusten, wenn er sich wortet hätte, wie er das nun eigentlich meint. Vielleicht eine Restauration der Besitzverhältnisse der alten Eigentümer? Oder eine irgendwie abgebilligte Form einer Einsatzsozialisierung? Oder andere Formen der freien Kapitalbeteiligung? Ich habe hier eine kalkulatorisch bestimmte Tageszeitung der Schweiz, die „Neuen Zürcher Nachrichten“. Da spricht hier der Bundeskanzler über die Kreditindustrie und über die Notwendigkeiten, die sie mit Kreditlinie zu modernisieren. Er meint dazu: „Hier eröffnet sich die Möglichkeit einer ausländischen und damit französischen Kapitalbeteiligung, die nicht nur wirtschaftlichen Nutzen, sondern wichtige Voraussetzungen für erhöhte Sicherheit mit sich bringen wird.“ (Ruf: Aha! bei der SPD.) Darüber hätten wir gern Genaues vernommen.

Wir hatten auch gern gehört, wie das mit der großen Politik der Wirtschaft ist, nämlich mit der Arbeitsbeschaffung. Die Politik der Vollbeschäftigung ist unloslich mit jeder positiven Politik für Flüchtlinge und Wohnungsbau verbunden. (Sehr gut! bei der SPD.) Es ist nicht möglich, diese Dinge aus dem großen ökonomischen Komplex herauszunehmen. Eins ist vom anderen abhängig. Und auch die wichtigsten Probleme sind nur Teilaufgaben des kardinalen Problems der Vollbeschäftigung. (Sehr richtig! bei der SPD.) Auch da vergleichen Sie einmal bitte Großbritannien und das Deutschland der Frankfurter Wirtschaftspolitik. (Sehr wahr! bei der SPD.) Man kann nicht bauen und man kann den Flüchtlingen und den Armen nicht heilen ohne Planung und Kontrolle. Wir hätten gern gehört, wie der Ausnutzung einer rein privatwirtschaftlich aufgefallten Konjunktur entgegengetreten werden soll. Nach Kriegs-, Inflations-, Hortungs- und Demontagegewinnern droht uns doch jetzt die Gefahr der Wiederaufbaugewinner. (Zustimmung bei der SPD.) Vielleicht können wir im Verlauf der Aussprache erfahren, welche Maßnahmen die Bundesregierung dagegen anzuwenden bereit ist. Die Sozialisierung ist ja nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Problem. Geld kann in einer funktionierenden Demokratie und gerade nach den Erfahrungen Deutschlands auf dem Boden unseres Landes nicht die entscheidende politische Macht sein. Unser Volk erträgt das nicht, und die Idee und die Praxis europäischer Friedenspolitik ertragen das auch nicht. (Sehr richtig! bei der SPD.) Man wird also auch mit den geheiligten Prinzipien des Eigentums in Auseinandersetzungen kommen, in einem Ausmaß, das bisher nicht gekannt worden ist. Das wirtschaftspolitische Bild gerade des letzten dreiviertel Jahres war beherrscht durch eine Fülle von falschen Prognosen und Prophezeiungen.

Wir haben in den letzten Monaten eine große Diskussion über zusätzliche Kredit- und Geldschöpfung gekört. Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, daß die orthodoxe Geldpolitik der Bank Deutscher Länder uns ein Hemmnis für unsere wirtschaftliche Entwicklung zu sein scheint. (Sehr richtig!) Nicht nur die personelle Besetzung in der Leitung, sondern auch die Organisation der Bank Deutschen Länder erscheint uns nicht geeignet, die deutsche Volkswirtschaft zu fördern.

Man sollte sich auch hüten, in Berechnungen für die Zukunft große Beträge freiwilliger Auslandshilfen einzusetzen. Wir haben, glaube ich, gewisse Gründe zu der Befürchtung, daß die ausländischen Beiträge kaum größer sein werden als das eigene deutsche Aufkommen. (Sehr wahr! bei der SPD.) Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist die Erhöhung des Produktionsvolumens, grob geschätzt um zusätzlich ein Drittel der vorhandenen Produktion in Landwirtschaft, Industrie und Handwerk. Aber man kann ein solches Produktionsvolumen erfolgreich nur erhöhen, wenn die Senkung der Preise parallel geht. Das ist nur durch Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte und der Rationalisierungspotenzen auf Massengüter möglich. Wenn nicht die Preise gleichzeitig zurück-

gehen, würde die Erhöhung des Produktionsvolumens nur zu einer übergrößen Lagerbildung mangels Kaufkraft führen.

Zur Landwirtschaft gewandt, möchte ich sagen. Auch hier fehlt manches. Ich bin nicht ungerecht genug, um die Fülle der Probleme in einer einzigen, knapp anderthalbstündigen Regierungsdeklaration wiedergegeben zu sehen. Aber gewisse Linien sollten aufgezeigt werden — und nicht nur die negativen Linien der Aufhebung der Bewertungsschaltung auch bei den Gütern, bei denen jetzt bei der Abwertung die Preise festgehalten werden müssen, wenn nicht das ganze Lohngebäude zusammenstürzen soll. Die Landwirtschaft hat noch andere Probleme. Wir haben immer noch nicht eine einheitliche Bodenreform. Die Flurbereinigung ist noch nicht verwirklicht. Wir haben wenig vom Ansiedeln ostvertriebener Bauern auf ausgelaufenen Höfen gesehen. (Sehr wahr! bei der SPD.) Wir haben auch noch das Problem der Importkasse positiv zu gestalten.

Das Problem der Erholung unserer Volkswirtschaft ist die Hebung der Massenkaufkraft durch Preisverbilligung, Lohnerhöhung und völlige Abkehr von der Produktion von Luxusgütern. Aber dazu ist Planung in der Reihenfolge der Wichtigkeit der Güter nötig. Davon soll die Reihenfolge der Kredite abhängen, die zur Verfügung gestellt werden. Die Sicherung der Kreditverwendung erfordert jedoch ihrerseits wieder eine Kontrolle, sonst kommen wir nach den Erfahrungen der letzten 15 Monate nur zur Schaffung zusätzlicher Anlagekapazitäten, die keinen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. (Sehr richtig! bei der SPD.) Zur Preispolitik muß gesagt werden, daß schlimmer als jedes Preisdiktat irgendeiner noch so verabscheuungswürdig geschilderten Bürokratie sich die Preisdiktatur auf der Grundlage der Verabredung der großen Warenbesitzer und Produzenten ausgewirkt hat. Die heutige Wirtschaftspolitik zielt aber nach unseren Erfahrungen auf Erhaltung der monopolwirtschaftlichen Elemente ab, und ich sehe die Gefahr der Entstehung neuer Monopole und Kartelle. (Zuruf in der Mitte: Sie werden sich wundern!) — Das muß ja dann meine Sache sein!

Die Belebung des Baumarktes darf auch nicht in erster Linie auf eine Politik des Anreizes des privaten Kapitals hingedrängt werden, wenn die Ergebnisse der Bauläufigkeit für die Mieter erträglich sein sollen. (Sehr richtig! bei der SPD.) Der Wohnungsbau, der in erster Linie zu fördern ist, ist der soziale Wohnungsbau. (Zustimmung bei der SPD.) Auch der Bau gewerblicher Einrichtungen hat in den meisten Fällen hinter diesen sozialen Wohnungsbau zurückzutreten. Der gewerbliche Wohnungsbau ist schon genügend gefördert worden. Nun haben wir die Ankündigung einer solchen Wohnungsbaupolitik, wie sie der Herr Bundeskanzler gestern ausgesprochen hat. Aber er hat, bevor er Regierungschef wurde, noch ein anderes Wort gesprochen; er hat nämlich gesagt, daß die Bundesregierung jedem Deutschen ein Heim schaffen werde. Nun, die Frankfurter Wirtschaftspolitik hat ja auch auf diesem Gebiet einen andern Weg eingeschlagen; aber an dieses Wort des jetzigen Herrn Bundeskanzler soll die Regierung erinnert werden von der Wiege bis zum Grabe. (Lachen und Zustimmung bei der SPD.) Die Sozialdemokratische Partei hat der deutschen Öffentlichkeit ihren Plan A: Bau von einer Million Wohnungen in vier Jahren vorgelegt, und ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf eine Reihe anderer Projekte, insbesondere kommunaler Vereinigungen, die durchaus beachtenswert sind, hinweisen.

Das Flüchtlingsproblem

Man kann die Wohnungsfrage nicht von der Frage der Vertriebenen trennen. Das Schicksal der Vertriebenen ist von der Existenz einer Bundesfinanzhoheit abhängig. Die Länder werden dieses Problem nicht lösen können. Ich warne vor einer Politik, bei der von den Gemeinden her die Länder Probleme

aufnehmen, die sie an den Bund weiterschieben und der Bund sie dann der internationale Hilfe empfiehlt. Internationale Hilfe ist not, aber es gibt auch eine deutsche Gesamtheit gegenüber den Vertriebenen. (Sehr richtig! und lebhafter Beifall bei der SPD und der KP.) Kein Mensch wird uns einreden können, daß für die Vertriebenen das getan worden ist, was hätte getan werden können, daß für die Vertriebenen das getan worden ist, was hätte getan werden können. Ich warne auch davor, dieser großen Aufgabe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einsiedlung der Vertriebenen in unser Volksleben mit dem Hinweis auf die Oder-Neiße-Linie auszuweichen. Man kann gegen die Oder-Hinweis nur angehen, wenn man vorher in unserem Land seine soziale Neiße-Linie nur angehen, wenn man vorher in unserem Land seine soziale und menschliche Pflicht gegenüber den Vertriebenen getan hat. (Sehr richtig! und Beifall bei der SPD. — Zurufe.)

Ein kritisches Wort ist zur Kreditversorgung der Flüchtlingsbetriebe zu sagen. Dem Ausland ist zu sagen, daß die jetzige Behandlung der Demontagefrage die Lösung des Flüchtlingsproblems außerordentlich erschwert. (Sehr richtig! links.) Die Vertriebenen selbst werden freilich nicht als isolierter Faktor ihre Wünsche durchsetzen können. Sie werden Bestandteile der deutschen Parteien und des deutschen politischen Lebens sein müssen. Eine Hinwendung der Vertriebenen zum Rechtsradikalismus würde eine Abwendung von Finanzausgleich zwischen den Ländern in der Flüchtlingsfrage und Konzentration aller Kräfte auf ein Problem, das wirklich ein deutsches Nationalproblem ist, das tut in dieser Frage not.

Das Mitbestimmungsrecht

Sicher haben Sie von der sozialdemokratischen Entschließung in Dürkheim gehört. Sie haben die 16 Punkte kritisch würdigen können. Sie mögen ihnen im einzelnen zustimmen oder sie ablehnen, sie sind ein imanenter Bestandteil der Tätigkeit der Sozialdemokratie als einer Oppositionspartei im neuen deutschen Staatswesen. Aber nicht geringer ist die wirtschaftspolitische und soziale Bedeutung des gewerkschaftlichen Programms. (Zuruf rechts.) Das Mitbestimmungsrecht der Arbeit erschöpft sich für uns nicht in der Mitbestimmung im Betrieb, sondern insoviel die Mitbestimmung im deutschen Wirtschaftsleben. (Lebhafter Beifall bei der SPD — Zuruf rechts.) Ich glaube, wenn wir einen Beitrag für die deutsche Einheit leisten wollen, dann sollten wir in der Linie der sozialen Geltung und der ökonomischen Mitbestimmung der arbeitenden Massen operieren. — Ich kann hier im einzelnen nicht das große sozialpolitische Programm der Gewerkschaften aufzählen, das wohl allen Punkten von der Sozialdemokratie vertreten wird; aber ich muß Ihnen sagen: Wenn Sie für die deutsche Einheit sind, dann machen Sie den deutschen Westen auch sozial und hinsichtlich der Geltung des arbeitenden Menschen zum Magneten! (Beifall links.) Die soziale Gestaltungskraft schafft die nationale Einheit und das deutsche Staat Volk, das Vertrauen zu sich und zu seiner Zukunft in der Zusammenarbeit mit der Welt hat.

Der Herr Bundeskanzler hat einen Teil seiner gestrigen Ausführungen dem Verhältnis Deutschlands zu den anderen Mächten gewidmet. Er hat allerdings keine Planung und keine Konzeption einer vorwärtschreitenden deutschen Außenpolitik entwickelt.

Ich möchte gegenüber dem Besetzungsstatut sagen, daß mir sein größter Vorteil darin scheint, daß seine baldige Revision in Aussicht steht. (Sehr wahrl links.) Ich würdige, daß der Ton dieses Dokumentes freundlicher ist als früher. Ich erkenne durchaus an, daß man mit diesem Besetzungsstatut operieren kann. Schmerzlich empfinden wir aber den Mangel an konkreten Rechtsvorschriften in Rechten und Pflichten sowie die Arbeit mit noch sehr allgemeinen Generalformeln.

Wir haben in der Regierungserklärung auch nichts über die Ruhbehörde gehabt. Die Sozialdemokratische Partei hat vom ersten Tag an erklärt, daß sie auf eine Umwendung der Ruhbehörde tendiert, auf eine Umwandlung, die keine Hindernisse in Sachen der Sozialisierung schafft und die einen entscheidenden Fehler aus der Welt schafft, nämlich den, daß in diesem Ruhtatrat alle möglichen materiellen Dinge geregelt sind, aber von den Menschen, die die Werte schaffen, nicht die Rede ist. (Sehr gut! links.) Wir empfinden es als einen schmerzlichen Mangel, daß im Ruhtatrat nicht die Geltung und das Aktionsrecht der Gewerkschaften — sowohl der deutschen wie der internationalen Gewerkschaften — eingebaut ist. (Sehr gut! links.)

Wir haben auch wenig und nur abschließend ein oder zwei Sätze über die Entwicklung der Kulturpolitik gehört. Wir haben mehr eine Generalformel vernommen. Nichts haben wir von dem erfahren, was nach den Kämpfen in Bonn und nach diesen Formen des Wahlkampfes zu vernehmen wohl durchaus notwendig ist. Es ist nicht möglich, sehr reale und veränderliche Machtansprüche auf der Ebene zeitloser, ewig gültiger Sitten- und Glaubensgesetze durchzufechten. Wir müssen wissen, daß hier reale Wünsche im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens ausdiskutiert werden sollten. Aber uns macht besorgt, daß man in letzter Zeit Formulierungen vernimmt, daß die christliche Sozialpolitik nur zur christlichen Kulturpolitik gehöre, also ihr nahestehe.

Nein, das soziale Element ist nicht irgendeinem anderen Element des menschlichen Zusammenlebens untergeordnet. (Sehr richtig!) Das soziale Element ist das ethische und humane Element. Auch im Naturrecht ist das Recht auf das nackte Dasein das erste aller Rechte und steht weit vor dem gestern sorgfältig verschwiegenen Elternrecht. Ich glaube, ich kann eine Persönlichkeit zitieren, deren sittliche und religiöse Bedeutung auch vom Streit verschiedener Anschauungen nicht ergriffen werden kann. Ich meine Mahatma Gandhi, der da sagte: „Den Armen erscheint Gott in der Gestalt von Brot.“ (Zurufe links: „Sehr richtig.“) Wir akzeptieren keine Regelung, die die Konjunktur der Spaltung des deutschen Staatswesens ausnützt. Wir nehmen nur Regelungen an, die so getroffen sind, als ob sie für das ganze Deutschland getroffen sind (links Bravorufe), und die die kulturellen und sozialen Wünsche und Überzeugungen des gesamten deutschen Volkes in allen vier Zonen ausdrücken. (Lebhafter Beifall links.)

Deutschlands außenpolitische Stellung

Wir haben mit der Prüfung des Verhältnisses zu anderen Ländern auch einiges über die Grenzen gehört. Es ist an der Zeit, festzustellen, daß die Sozialdemokratische Partei 1945 längere Zeit die einzige gewesen ist, die sich in Deutschland und vor der Weltöffentlichkeit gegen die Oder-Neiße-Linie gewandt hat. (Links Zurufe: „Sehr richtig! — Widerspruch in der Mitte.“) Aber man kann nicht die Grenzprobleme einer Seite einseitig diskutieren. Sogar die scheinbar kleineren Dinge der Grenzkorrekturen im Westen haben ihren bedeutsamen Wert über das Materielle hinaus. Ich meine, daß in keinem einzigen Fall durch solche Korrekturen ein so großer Nutzen für einen andoren erzeugt werden kann, daß er den Schaden aufwiegen könnte, der dem deutschen Volke in seinem Vertrauen gegenüber der internationalen Solidarität der Demokratie entsteht. Wir haben das Gefühl, es wird in der Beziehung der europäischen Völker untereinander zu viel von einem alten Anti-Europageist und zu wenig von dem Geist des wirklichen Neubaues „Europa“, der allein uns die großen kontinental-ökonomischen und politischen Probleme bewältigen lassen kann. Im Vordergrund der Aussprache steht jetzt das Saargebiet. Der Wille des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit geht auf den politischen Verbleib des Saargebietes in Deutschland. (Das haben Ihre Genossen im Saargebiet vergessen, Herr Dr. Schumacher!) Verzeihen Sie, diese SPS ist eine selbständige

Partei, die nicht zur Deutschen Sozialdemokratie gehört. Sie haben ganz vergessen, daß die Saarregierung in erster Linie von einer Partei gebildet wird, die ihnen näher steht als mit. (Zurufe: Sehr gut! von der Sozialdemokratie.) Nun, verehrte Abgeordnete, ich halte es nicht für angebracht, mit dieser Methodik und auf dieser Ebene eine nationale Frage zu erörtern (lebhafter Beifall links), bei der ich zwar nicht genau weiß, ob wir uns in vollem Umlang einig werden, aber bei der doch eine Einigung im Bereich des Möglichen und Erstrebbares liegt. Die Schaffung eines selbständigen Saarstaates und seine Vertretung im Europa-Rat scheint mir ein bedrohliches Hemmnis für die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit zu sein. Wenn wir nämlich ein selbständiges Saargebiet im Europa-Rat tolerieren — wie ich dies aus den Worten des Herrn Bundeskanzlers herauszuhören vermeine — und erst in Straßburg den Ausgleich dieser Frage diskutieren, haben wir ja bereits eine vollendete Tatsache akzeptiert, die sehr schwer aus der Welt zu schaffen ist. Grundsätzlich sollte die deutsche Außenpolitik in allen diesen Fragen von der These ausgehen, daß man wegen der Eiligkeit eines Termins niemals materielle Dinge preisgeben sollte. Diese Eiligkeit ist ja wahrscheinlich auch eine fiktive. Die Sozialdemokratie ist wegen ihrer Internationalität seit mehr als 80 Jahren angegriffen, und meist sehr zu Unrecht angegriffen worden. Die Sozialdemokratie hat in einer Zeit, als keine andere Partei in Deutschland das tat, nämlich in ihrem Heidelberger Programm von 1925, die Vereinigten Staaten von Europa zu einem entscheidenden Bestandteil ihrer Außenpolitik gemacht. (Zurufe links: Sehr gut!) Sie werden wohl von uns annehmen, daß wir Europa wollen. Aber eine deutsch-französische Vereinigung, die so lebensnotwendig ist, kann doch nicht durch pathetische Schwüre geschaffen werden, sondern nur durch sachlichen demokratischen Austrag in der Diskussion der Probleme. Blankoschlichen Wechsel sollten wir auch hier nicht geben. Das würde nur hegemoniale Tendenzen in Europa fördern und den guten Willen der breiten Massen des deutschen Volkes zur internationalen Kooperation schwächen. Europa heißt Gleichberechtigung. (Lebhafter Beifall links.) Man sollte nichts akzeptieren, was die Vorwegnahme von Bestimmungen des Friedensvertrages bedeutet. Wir schwächen damit nicht nur unverantwortlich unsere Position im Westen; wir schwächen auch unsere Position im Osten. Jemand, der hier auf dem Gebiet der Kompromisse in die Lösung des Saargebietes aus dem politischen Gebiet Deutschlands hineinrutscht, verliert den festen Boden des politischen Kampfes gegen die Oder-Neiße-Linie. (Einzelne Zurufe: Sehr richtig.) Dabei sollten wir auch die Diskussion über die Demontage wohl entschieden führen, sollten aber eine gewisse Bereinigung der Argumente auf allen Seiten vornehmen. Man sagt uns, die Welt sei nach den Erfahrungen vieler Jahrzehnte deutscher Geschichte um ihre Sicherheit besorgt. Wenn man um die Sicherheit besorgt ist, dann soll man auch offen sagen: um die Sicherheit vor wem! Wir wollen im deutschen Volk politisch und psychologisch Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse der nächsten Anrainer erwecken. Umgekehrt müßte man aber einsehen, daß gewisse Methoden der Auseinandersetzung mit uns auch nicht die richtigen sind. Wenn wir einen entscheidend wichtigen Teil unserer wirtschaftlichen Substanz mehr als vier Jahre nach Einstellung der Kriegshandlungen verteidigen, dann sind wir deswegen doch nicht Nationalisten. (Sehr richtig! links.) Man sollte es auch nicht auf die Ebene zu schieben versuchen, als ob die Deutschen bei dieser Verteidigung den Versuch einer Kraftprobe mit den Alliierten machen würden. Das ist eine Vergiflung der Situation. Man sollte realistisch betrachten, um welche Kapazitäten die Deutschen kämpfen. Es sind doch nicht die Kapazitäten Hitlers Deutschlands, um die gerungen wird. Genau die 14½ Millionen Tonnen Produktionskapazität in der Stahlindustrie, um die wir uns heute wehren, hatte Westdeutschland — also die drei westlichen Zonen — in der Periode des sozialdemokratischen Hermann Müller. Diese Diskussionsgrundlagen sollte man anerkennen.

Man sollte auch akzeptieren, daß wir zu der damaligen Bevölkerung 7½ Millionen Flüchtlinge zusätzlich haben. Man sollte einsehen, daß die Größe des Wiederaufbaues auch einen außerordentlich starken Stahlbedarf bedeutet. Schließlich sollte man uns im europäischen Rahmen die Möglichkeit des Exportes von Stahl und Stahlwaren geben; denn wir müssen schon aus der Bedrängnis unserer Lebensmittellage heraus exportieren. Mit der Politik, wie sie hier Teile des Auslandes uns gegenüber einschlagen, kombiniert mit der Frankfurter Wirtschaftspolitik, werden wir bei Ablauf des Jahres 1952 ohne amerikanische Hilfe nicht in der Lage sein, die deutsche Wirtschaft erfolgreich zu gestalten. (Sehr gut! links.) Wir haben schon 1945 offen über diese unsere Haltung gesprochen. Wir haben dieselbe Offenheit jetzt gezeigt, und die Welt konnte darum nicht überrascht werden. Wir hoffen auf die Erreichung eines möglichen Kompromisses in allen diesen Fragen, der allen Beteiligten Genüge tut. Wir müssen aber offen sagen: Wir können und wir wollen aus ökonomischen und politischen Gründen nicht auf Unverzichtbares verzichten.

Nun, verehrte Abgeordnete: Das ist in kurzen Zügen gegenüber dem Programm der Regierung das Programm der Opposition. Nicht überall ist die glatte Antithetik gegeben; sehr oft haben wir Forderungen, die scheinbar im bisherigen Programm der Regierung noch keine Rolle spielen. Wir sind nicht die bloße Negationserscheinung dieser Regierung. Wir sind etwas Selbständiges. So wollen wir unsere Opposition führen, mit dem Ziel, für die Politik der sozialistischen Demokratie einmal in diesem Hause die parlamentarische Mehrheit zu finden. (Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Erich Ollenhauer

„Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf Vorgänge zurückkommen, die sich bei der Debatte in diesem Hause ereignet haben. Wir haben erlebt, daß bei dieser ersten großen politischen Aussprache des Deutschen Bundesrates ein Redner dieses Hauses die Farben der Bundesrepublik in herabsetzender Weise zitiert hat. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß wir mit Entschiedenheit den Versuchen wehren müssen, die Symbole der Demokratie anzugreifen. (Händeklatschen bei der SPD.) Die Sozialdemokratische Partei wird die notwendigen Anträge einbringen, um den Schutz der Symbole des Bundes und seiner verfassungsmäßigen Einrichtungen zu sichern. Wir wünschen aber auch, daß in diesem Hause jeder Herabsetzung der Symbole des Bundes sofort entgegengetreten wird. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich verstehe die Schwierigkeit, in der wir uns hier befinden: Dieses Parlament und seine Parteien müssen sich erst zu einem parlamentarischen Körper entwickeln. Die Schwierigkeit besteht auch darin, daß bei einem Teil der Mitglieder dieses Hauses die demokratische Erfahrung sehr kurz ist. (Sehr richtig! bei der SPD.) Wir werden die Freiheit jeder sachlichen Diskussion verteidigen. Aber ich glaube, wir sollten durch unser Verhalten keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß Freiheit und Demokratie nicht gleichzusetzen sind mit Zügellosigkeit. (Sehr gut! bei der SPD.)

Wir haben gestern in diesem Hause so eine Art „spontaner Aktion“ erlebt. Wir Sozialdemokraten wünschen unter keinen Umständen die Wiederholung solcher Aktionen. (Sehr gut! bei der SPD.)

Die Parteien in der Demokratie

Wir begrüßen es, daß auch von den Regierungsparteien die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Opposition und Regierung ausgesprochen worden ist. Aber es ist dabei notwendig, daß wir uns auch über die Konsequenzen klar machen, die in einer solchen Anerkennung liegen. Die parteipolitischen Gegensätze sind, die in der Demokratie sind nicht Ausdruck eines bösen Willens, sondern der Ausdruck realer Gegensätze und Spannungen, die wir als Tatsachen zu respektieren haben. Ich möchte die Träger demokratischer Gedanken darauf aufmerksam machen, daß wir mit diskriminierenden Bemerkungen über die Parteien in der jungen deutschen Demokratie sehr vorsichtig sein sollten. Wir wissen, daß die politischen Parteien ihre Mängel und Schwächen haben. Aber unter den gegebenen Bedingungen gibt es keine bessere Form des Ausdrucks und der Formung des politischen Willens, als es die politischen Parteien sind. (Zustimmung bei der SPD und in der Mitte.)

Angesichts der Tatsache, daß es Millionen von jungen Menschen gibt, denen jede eigene Erfahrung über die innere Gesetzmäßigkeit demokratischer Parteien fehlt, sollten wir ohne Schönfärberei auf die elementare Bedeutung demokratischer Parteien hinweisen und dieses Bewußtsein stärken. (Zustimmung in der Mitte.) In dem Augenblick, in dem wir die Existenznotwendigkeit der Parteien in der Demokratie in Frage stellen, treffen wir nicht nur die Parteien, sondern auch die Demokratie. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Jeder Angriff gegen die Parteien ist im Grunde ein Angriff gegen die Demokratie. Er mag noch so sehr aus irgendwelchen guten Motiven kommen, der Effekt ist eine Schwächung der Demokratie.

Die Rolle der sozialdemokratischen Opposition

Das ausgewogene Verhältnis zwischen Opposition und Regierung besteht nicht darin, daß wir auf einem guten Sprechfluß mit der Regierung stehen. Es kann auch nicht darin bestehen, daß man von der Opposition erwartet, daß sie der Regierung gegenüber ein positives Vertrauensverhältnis hat. Gerade die Tatsache, daß uns sachliche Gegensätze in die Opposition gegenüber der Regierung zwingen, verhindert ja, daß wir ein solches Vertrauensverhältnis haben können.

Was wir zu geben bereit sind, ist die Achtung gegenüber der Regierung als einer verfassungsmäßigen Institution der Republik, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Regierung die gleiche Achtung und den gleichen Respekt der Opposition und ihrer Führung entgegenbringt. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich komme zu diesen Feststellungen, weil wir uns die Zeit sparen sollten, uns gegenseitig gut zuzureden. Darauf kommt es gar nicht an. Es kommt darauf an, daß wir die sachlichen Positionen der einen und der anderen Seite beziehen und dann feststellen, wo es eine Gemeinsamkeit gibt und wo das nicht der Fall ist. Unsere Opposition ist begründet auf unserer eigenen Vorstellung über die zweckmäßigste Form des Aufbaus und der Verwaltung der Bundesrepublik und über den Inhalt des neuen Staatswesens. Von dieser eigenen Position allein können wir die Entscheidung über unser Verhältnis zur Regierung fällen. Es gibt nur ein einziges Mittel, uns zu überzeugen: das sind die praktischen Handlungen der Regierung. Sie werden der Maßstab unserer Kritik sein. Die besondere Stellung, in der sich die sozialdemokratische Opposition befindet, ergibt sich aus der Tatsache, daß wir in dem Bundesrat zwar den größeren Teil, aber nicht ganz Deutschland repräsentieren.

Die Sozialdemokratie in der Sowjetzone

Herr Abgeordneter von Brentano hat eine bemerkenswert einseitige Darstellung der parteipolitischen Entwicklung in der Ostzone gegeben, insbesondere als er behauptete, daß die Sozialdemokratie vor der SEP kapitulierte habe. Ich glaube, daß diese Behauptung mit dem tatsächlichen Ablauf der Dinge nicht übereinstimmt. Die Vernichtung der Sozialdemokratie als selbständige Organisation in der Ostzone war ausschließlich das Resultat einer Zwangvereinigung der SPD mit der KP unter Ausschluß jeder freien Willensäußerung der Sozialdemokraten in der Ostzone. (Abg. Hilbert: Stimmt nicht ganz, Herr Kollege!) Für den Ausschluß jeder freien Willensäußerung der Sozialdemokraten in der Ostzone gibt es einen unbestreitbaren Beweis. Wir haben in Berlin die Möglichkeit einer freien Entscheidung von Sozialdemokraten über die Vereinigung mit den Kommunisten gebahnt. Das Resultat war der fast einstimmig gefasste Beschuß, die Sozialdemokratie in Berlin als unabhängige Sozialdemokratische Partei aufrechtzuerhalten. (Lebhafte Zustimmung bei der SPD.) Sie dürfen davon überzeugt sein, daß, wenn in der Ostzone die gleichen demokratischen Voraussetzungen bestanden hätten, dasselbe Resultat zustande gekommen wäre. (Sehr wahr! bei der SPD.) Gegenüber dieser Zwangvereinigung besteht die Tatsache, daß die CDU und die LDP bestehen geblieben sind. (Sehr wahr! bei der SPD.), daß beide Parteien die Förderung durch die Besatzungsmacht akzeptieren und daß sie gemeinsam mit der SEP Träger der von der Besatzungsmacht diktierten Blockpolitik sind. (Sehr gut! bei der SPD.)

Gewiß, es hat auch in diesen beiden Parteien Trennungen von der offiziellen Politik dieser Parteien gegeben. Aber das bemerkenswerte ist, daß in der Regel der Bruch nur da erfolgte, wo er von den Besatzungsmächten oder von der KP herbeigeführt wurde. (Sehr wahr! bei der SPD. — Zuruf von der KP: Ist SEP herbeigeführt wurde.)

gar nicht wahr!) Schließlich: ein führendes Mitglied der CDU verdankt allein dieser Tatsache seine Mitgliedschaft in der gegenwärtigen Bundesregierung*) (Sehr gut! bei der SPD.)

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die entscheidende Widerstandskraft gegen diese Vergewaltigung der Demokratie in der Ostzone die Sozialdemokraten bilden. (Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht! — Abg. Dr. von Brentano: Das kault Ihnen niemand ab, Herr Kollege Ollenhauer!) Meine Damen und Herren, ich möchte nur die Frage an Sie richten, wie die politische Zusammensetzung dieses Hauses aussehen würde, wenn am 14. August in allen vier Zonen Deutschlands gewählt worden wäre. (Lebhafte Beifall bei der SPD und in der Mitte.) Das ist der Punkt, auf den ich die Bundesregierung aufmerksam machen möchte. (Zuruf rechts: Sie haben in letzter Zeit falsch gerechnet!) — Ich hoffe, daß wir recht bald die Gelegenheit bekommen, den Beweis für die Richtigkeit unserer Annahme vor Ihnen anzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei der SPD.) — Zurufe von der CDU: Das hoffen wir auch! Wir sind uns darüber klar, daß die Bundesregierung in die Lage kommen wird, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, auch für die 18 Millionen Deutsche, die heute stumm in der Ostzone leben. Ich glaube, daß damit die Verantwortung dieser Regierung außerordentlich wächst, und wir erwarten, daß die Regierung und die Regierungsparteien in allen ihren Handlungen, die sich auf ganz Deutschland beziehen, auch den politischen Willen der Menschen in der Ostzone in Rechnung stellen, die heute an der freien Bekundung ihrer politischen Überzeugung gehindert werden. (Zustimmung bei der SPD. — Abg. Dr. v. Brentano: Selbstverständlich!) Jedenfalls sollte in diesem Provisorium Bundesrepublik Deutschland nichts geschehen, was von unserer Seite die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschwert.

Sorge um die Anwendung des Grundgesetzes

Wir wünschen, daß die Regierung dem Bundesrat möglichst bald konkrete Vorschläge macht über den Aufbau der Bundesorgane und der Bundesorganisation. Es gibt dabei eine Menge Probleme, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Wir würden es als eine Verletzung des Grundsatzes der verantwortlichen Mitbeteiligung der Opposition ansehen, wenn an Beratung und Entscheidung über den Neuaufbau der Bundesorgane die Opposition nicht schon im frühesten Stadium beteiligt würde. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich will Ihnen unsere Bedenken ganz offen sagen. Die Tatsache, daß in dieser Bundesregierung Minister und in der Koalition Parteien vertreten sind, die dem Grundgesetz von Bonn nicht zugestimmt haben, verpflichtet die positiven Vertreter dieses Grundgesetzes, zu denen die Sozialdemokratie gehört, zu besonderer Aufmerksamkeit. (Sehr wahr! bei der SPD.) Der Herr Abgeordnete Laforet hat heute in seiner kurzen Erklärung ein Wort geprägt, das mir sehr nahegegangen ist. Er hat nämlich die Bundesregierung aufgefordert, das Grundgesetz auszubauen. (Abg. Renner: Sehr gut!) Das ist auf keinen Fall die Aufgabe der Bundesregierung. (Sehr richtig! bei der SPD.) Die Bundesregierung hat die Pflicht, das Grundgesetz anzuwenden, aber nicht, es zu verändern. (Zustimmung bei der SPD.)

Die Bemerkung von Dr. Schumacher, daß die Anerkennung der Rolle der Opposition auch in der Personalpolitik des Bundes zum Ausdruck kommen muß, hat bei den Regierungsparteien ein bemerkenswertes Echo gefunden. Nun, für uns war dieses Echo nur ein Beweis dafür, wie notwendig

diese Bemerkung war. (Sehr richtig! bei der SPD) Ich möchte sie noch einmal ausdrücklich unterstreichen. Es handelt sich hier um die Sicherung eines wichtigen demokratischen Prinzips. Wir wünschen, daß die Regierung den Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes bei ihrer Personalpolitik in vollem Umfang respektiert. (Zuruf rechts: Gilt das auch für die Länder?) Es heißt dort:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Wir wünschen, daß dieser Grundsatz stricke innegehalten wird. (Abg. Dr. Würmeling: Sagen Sie das einmal Ihren Länderministern! — Unruhe rechts.) — Ich glaube, die Frage der Länderpolitik behandeln wir auch nach Ihren Vorstellungen vor allem in den Landtagen. (Anhaltende Unruhe rechts.) Sie würden es ja wahrscheinlich als eine Verletzung des Grundgesetzes ansehen, wenn wir hier Länderfragen diskutieren würden. (Zuruf von der FDP: Das sind keine Länderfragen, das ist Ihre demokratische Haltung! Es handelt sich darum, daß Sie mit verschiedenem Maß messen wollen!) In jedem Fall erwarten wir außerdem, daß der Nachweis demokratischer Zuverlässigkeit nicht ein Hindernis, sondern eine Voraussetzung für die Besetzung von wichtigen Stellen der Bundesverwaltung im In- und Ausland ist. (Lebhafte Beifall bei der SPD.)

Die SPD zu den gewerkschaftlichen Forderungen

Die Bemerkungen von Dr. Schumacher über die staatspolitische Bedeutung der Gewerkschaften sind zum Anlaß genommen worden, um der Sozialdemokratie den parteipolitischen Mißbrauch der Gewerkschaften vorzuwerfen. Die Sozialdemokratie bejaht die Einheitsgewerkschaften, und sie respektiert die sich aus dieser Einheit ergebenden Notwendigkeiten. Wir sehen in der Bildung der Einheitsgewerkschaften einen Fortschritt. Wenn diese Einheit der Gewerkschaften heute manchmal umstritten erscheint, dann wissen vor allem die Gewerkschafter selber, daß diese Gefährdung der Einheit nicht durch die Sozialdemokratie, sondern durch ganz andere Kräfte außerhalb der Gewerkschaften erfolgt. (Beifall bei der SPD.) Die Gewerkschaften sind sicher gar nicht daran interessiert, hier eine Diskussion der Parteien über die Organisationsprobleme der Gewerkschaften zu haben. Aber was sie wissen wollen, ist, wie die Regierung und die Regierungsparteien zu ihren sachlichen Forderungen stehen. Da möchte ich Ihnen sagen, daß weder die Regierungserklärung noch die heutige Rede des Herrn Abgeordneten Blank in irgendeiner Weise befriedigend war. (Zuruf von der CDU: Sie haben nicht gut zugehört!) Ich habe sehr genau zugehört. Wir wären in der deutschen Demokratie in bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer viel besseren Situation, wenn wir uns heute auf positive Erklärungen von Ihrer Seite über die Stellung zu den Gewerkschaften beziehen könnten. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Es hilft uns nichts, wenn man als Beweis für die Übereinstimmung zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften etwa den Versuch unternimmt, den dürligen Satz der Regierungserklärung über die Neuordnung der Besitzverhältnisse mit der viel konkreteren Formulierung des Punktes 6 im Gewerkschaftsprogramm, der Forderung der Überführung der Schlüsselindustrien in das Gemeineigentum gleichzusetzen. (Sehr richtig! bei der SPD.) Machen wir uns doch nichts vor! Wenn der Herr Bundeskanzler den Punkt 6 gemeint hätte, hätte er ihn hineingeschrieben. (Lebhafte Beifall bei der SPD.)

Daß er eine andere Formulierung gewählt hat, beweist doch, daß die Ziele der Bundesregierung in diesem Punkt nicht in Übereinstimmung mit dem Punkt 6 des Gewerkschaftsprogramms sind. Ich unterstelle durchaus, daß Herr Blank diese

*) Jakob Kaiser

fortschrittlichere Formulierung des Gewerkschaftsprogramms wünscht. Aber, es wäre für Sie und Ihre Freunde in der CDU sehr gut, wenn Sie sich darüber klar sein würden, daß eine Durchsetzung Ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen nur möglich sein wird, wenn es Ihnen gelingt, diese Auffassung zunächst einmal in Ihrer eigenen Fraktion durchzusetzen. (Sehr gut bei der SPD.)

Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, da selbst die Exponenten des christlichen Sozialismus in der CDU heute in ihren öffentlichen Erklärungen meilenweit von dem sogenannten Ahlener Programm abrücken. (Sehr richtig! bei der SPD.)

Es hat keinen Zweck, die Schwäche Ihrer Position damit zu verdecken, daß Sie erklären, Sie seien für die Sozialisierung, aber gegen die Verstaatlichung. Als wenn hier ein Gegensatz zwischen einem christlichen Gewerkschalter und einem sozialdemokratischen Gewerkschalter läge! In der Frage der Form der Sozialisierung gibt es sicher in allen Lagern verschiedene Auffassungen (Schr richtig! bei der CDU), und das letzte Wort ist weder bei Ihnen noch bei uns darüber gesprochen. Aber eines steht doch fest: daß es niemand mehr gibt, der in der reinen Verstaatlichung die Erfüllung des Begriffes Sozialisierung sieht. (Bei fall bei der SPD, — Hört! Hört! und Unruhe rechts.). Lassen Sie uns doch in diesem Hause auf dieser Ebene diskutieren; dann kann ja vielleicht doch ein praktisches Resultat erzielt werden. (Bravo! bei der SPD).

Was mich allerdings bedenklich stimmt, ist die Tatsache, daß zum Beispiel die christlichen Gewerkschafter bei der CDU im Nordrhein-Westfälischen Landtag, sich nicht entschließen konnten, für das Sozialisierungsgesetz zu stimmen. (Zuruf bei der CDU: Wir haben doch für unseren eigenen Entwurf gestimmt!) — Entschuldigen Sie, es kommt ja nicht darauf an, daß man einen eigenen Entwurf nach Hause bringt, sondern daß ein praktisches Resultat erzielt wird. (Sehr gutt bei der SPD).

Ich glaube, daß wir die Frage der Stellung der Gewerkschaften deshalb so ernst nehmen müssen, weil sie auf der Tagesordnung bleiben wird. Die wirkliche Gegenposition dieser Regierung auf diesem Gebiet liegt darin, daß hier der Versuch gemacht wird, den Begriff Wirtschaft oder Wirtschaftsführung mit ihrer Repräsentation durch die Unternehmer gleichzusetzen. (Sehr richtig bei der SPD.) Das wirkliche Problem ist, daß wir zu der vollen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer, vertreten durch die Gewerkschaften, kommen. Ich glaube, richtig bei der SPD.) Das wirkliche Problem ist, daß wir zu der vollen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer, vertreten durch die Gewerkschaften, kommen. Ich glaube, daß in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung mehr Beweise für die volkswirtschaftliche Einsicht der arbeitenden Menschen liegen, als sie auf der Seite vieler Unternehmer zu finden sind. (Lebhafte Zustimmung bei der SPD.) Es ist hier vom Sprecher der CDU von der notwendigen neuen Gemeinschaft der Deutschen gesprochen worden. Das ist ein schönes Wort. Aber es hat nur dann einen Sinn, wenn wir ernsthafte Anstrengungen machen, es zu realisieren. Hier, in der Neuordnung der Besitzverhältnisse und in der Neuordnung der Führungsverhältnisse in der Wirtschaft müssen Sie den Beweis dafür erbringen, ob es Ihnen mit einer sozialen Ordnung in Deutschland wirklich ernst ist oder nicht. (Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich möchte das Hohe Haus auch auf die bedeutsame Funktion der Gewerkschaftsbewegung in der internationalen Politik ausdrücklich aufmerksam machen. Denken Sie nur an die Demonstrationen! Wir haben den amerikanischen Gewerkschaften für die mutige Initiative zu danken, die sie im Interesse eines friedlichen Aufbaues ergriffen haben. (Lebhafter Beifall links. — Zuruf rechts: Das sind nicht sozialistische Gewerkschaften!) — Das hat niemand behauptet. — Wir freuen uns außerdem, daß auch die britischen Gewerkschaften auf ihrem Kongreß die Notwendigkeit einer Überprüfung dieser Frage anerkannt haben, und wenn

jetzt eine gewisse Aussicht besteht, dann danken wir es nicht zuletzt der Tatkraft dieser Arbeiterorganisationen in Amerika und England. (Ein erster Beifall links.)

links.)
Bedenken wir, daß in der Pariser Organisation des ERP-Plans die demokratischen Länder Europas und Amerika die Bedeutung der Gewerkschaften dadurch praktisch anerkannt haben, daß repräsentative Vertreter der Gewerkschaften mitarbeiten. Unsere Bundesregierung sollte die Dinge nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Vertretung Deutschlands durch einen Minister, sondern erst recht unter dem Gesichtspunkt der Vertretung der arbeitenden Menschen schen, die ja durch ihre Arbeitskraft den Erfolg der Marshallplanhilfe garantieren müssen.

Gegen eine ungehemmte Profitwirtschaft

In Bezug auf den Gegensatz zwischen den Regierungsparteien und uns in der Wirtschaftspolitik muß ich sagen: es sind hier ziemlich unbedeckte wieder die Argumente des Wahlkampfes vorgebracht worden, zum Beispiel, die Zwangswirtschaft der Nazis mit Planung gleichzusetzen und sie dann der Sozialdemokratie als ihr Wirtschaftsideal zu unterstellen; oder die angeblichen Mißfolge der Planungspolitik der britischen Arbeiterbewegung! Eigentlich hat in dieser Diskussion nur noch einer der Wahlschlager gefehlt, nämlich es fehlten nur noch die vier Radioapparate, die Herr Professor Dr. Erhard in allen seinen Wahlversammlungen herumgereicht hat. (Lachen in der Mitte.) Warum sind Sie nicht zu einer sachlichen Diskussion über diese Frage bereit? Sehr richtig! bei der SPD.). Sie können hier wohl das Prinzip der freien Wirtschaft verkünden, Sie können sich auf den Standpunkt stellen: wir müssen zu der Selbstverantwortung des Einzelnen für sein persönliches Schicksal kommen. Sagen Sie das einmal einem von den Millionen von Flüchtlingen! Dann wird er Sie fragen, wie denn diese Selbstverantwortung seines Schicksals aussehen soll. (Beifall bei der SPD. — Zurufe in der Mitte.) Ich sage das gar nicht als ein agitatorisches Moment. (Zurufe in der Mitte.) — Entschuldigen Sie, lassen Sie mich doch argumentieren! Ich sage es aus einem ganz anderen Grund. Warum geben Sie nicht zu, daß in einem Volk, das heute noch mit 50% seiner Lebensmittel von Importen abhängig ist, das heute 8 bis 10 Millionen Menschen auf diesem Gebiet mehr in Arbeit und in Kleidung und in Nahrung und in Wohnung zu bringen hat als vor dem Krieg, das Problem der Wirtschaftsgestaltung von einer solchen erdrückenden Gewalt ist, daß wir es nur meistern, wenn wir uns entschließen, zu sagen, was wir auf dem Gebiet der Produktion unbedingt leisten müssen, damit die Menschen leben und arbeiten können. (Lebhafter Beifall bei der SPD.) Das ist doch die große Frage. Sie können ihr gar nicht ausweichen! (Zuruf in der Mitte: Das wollen wir auch nicht!) — Bitte, hier hat — und das hat mich betroffen, das sage ich Ihnen ganz offen — Herr Blank gesagt: seien Sie sich doch an, wieviel besser es in Deutschland aussicht! (Hört! Hört! links.) Was ist denn in Deutschland geschiehen? Nur, daß wir heute um die primitivsten Lebensnotwendigkeiten des Alltags nicht mehr anzustehen brauchen! Das ist doch nicht der Beginn des Paradieses oder der Neuordnung! (Zuruf in der Mitte: Das hat ja auch niemand gesagt!) Daß Sie in diesem Deutschland lediglich vor die Elendslager der Flüchtlinge die glänzenden Bauten der Luxusgeschäfte setzen (lebhafter Beifall bei der SPD), das ist das, was wir nicht akzeptieren. (Zurufe in der Mitte: Wollen wir auch nicht! Agitation! Sachliche Arbeit! — Glocke des Präsidenten:)

Wenn Sie sagen: wir wollen es auch nicht, dann sind Sie ja gezwungen, das zu tun, was wir von Ihnen verlangen: leeren Sie die Produktion nach den Bedürfnissen der breiten Masse, und Sie erfüllen nicht irgendein Programm

einer marxistischen Vorstellung, sondern Sie erfüllen nicht mehr und nicht weniger als eine einfache nationale Notwendigkeit (Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Die Regierung wird durch die internationale Verflechtung zu einer Politik gezwungen werden, die weit entfernt ist von der sogenannten freien Wirtschaft. Der Marshallplan ist das Programm der amerikanischen Regierung, (Zurufe in der Mitte: Wissen wir!) den europäischen Ländern bis zum Jahre 1952 zu helfen, eine koordinierte und geplante Wirtschaft aufzubauen. (Sehr richtig! bei der SPD.) Wenn wir in Westeuropa nicht mit der Planung und Koordinierung beginnen, dann werden wir alle unter den Folgen dieses Versäumnisses zu leiden und schwere Konsequenzen zu tragen haben. (Beifall bei der SPD.)

Nehmen Sie das andere Problem: die Abwertung der D-Mark.

Ich finde es nicht gut, wenn in einer solchen Situation die Regierung sich darauf beschränkt, erklären zu lassen: der innere Wert der Mark wird nicht beeinträchtigt. Das glaubt Ihnen doch niemand! (Sehr richtig! bei der SPD.) Jeder Mensch weiß doch, daß eine Abwertung der Mark unweigerlich verhängnisvolle Konsequenzen für die Lebenshaltungskosten der breiten Massen des Volkes haben muß. (Zuruf von der CDU: Wenn Sie freilich jetzt die Preise in die Höhe reden!) Die Unruhe ist noch verstärkt worden, weil die Meldung von der Abwertung gleichzeitig mit der Mitteilung der Bundesregierung kam, daß sie Ende des Jahres auch die Reste der östlichen Bewirtschaftung der lebensnotwendigsten Güter aufheben wollte. (Bravorufe.)

Wollen Sie die Situation, die da heranreift, auch dem berühmten freien Spiel der Kräfte überlassen? Ich bin erfreut darüber, daß der Herr Bundeskanzler den Gewerkschaften mitgeteilt hat, er stehe zu einer Unterhaltung zur Verfügung; aber, meine Damen und Herren, wenn diese Unterhaltung positive Resultate haben soll, dann müssen Sie eingreifen, dann müssen Sie ordnen und planen. Es ist gut, meine Damen und Herren von der CDU und CSU, wenn Sie sich nicht allzusehr und allzulaut darauf berufen, daß der 14. August eine Anerkennung der Wirtschaftspolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates sei. Alle, die engen Kontakt mit den arbeitenden Menschen haben, die heute noch in der CDU ihre politische Repräsentation sehen, wissen, daß da sehr, sehr starke Spannungen leben. Ich kenne einen Brief, den ein CDU-Mann an einen anderen geschrieben hat. Ich will Ihnen nur einen Absatz vorlesen.

Man täusche sich nicht und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man behaupten, daß alle Wähler der CDU der Wirtschafts- und Sozialpolitik zustimmen. Im Gegenteil! Es ist eine sehr große Anzahl unter ihnen, die unter Zurücksetzung ernstester und berechtigster Bedenken wegen der betriebenen Wirtschaftspolitik sich bei ihrem Wahlgang ausschließlich von weltanschaulichen Dingen leiten ließen. Ob sich dies noch einmal wiederholen wird, hängt in erster Linie von Richtung und Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU ab.

Die SPD und die Kommunisten

Der Herr Abgeordnete Reimann hat gestern die kommunistische Unterstützung der Kandidatur Dr. Schumachers bei der Präsidentenwahl begründet. Er hat erklärt, daß die Kommunisten keinen neuen 20. Juli 1932 wünschen. Wir Sozialdemokraten begrüßen diese Absicht, denn der 20. Juli 1932 wäre ohne das damalige Bündnis von Kommunisten, Deutschnationalen und Nazis im Preußischen Landtag nicht möglich gewesen. (Beifall auf der äußersten Rechten und bei der SPD.)

Selbstverständlich haben die Kommunisten wie jede andere Fraktion hier im Hause die volle Freiheit, für oder gegen sozialdemokratische Kandidaten oder

Anträge zu stimmen. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Frage von gemeinsamen Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten, ja schließlich nicht allein von den Kommunisten entschieden werden kann. (Lachen) und ich möchte erklären, daß die Sozialdemokratische Partei jedenfalls nicht bereit ist, den Kommunisten die ihnen fehlenden Massen für ihre Propaganda zu liefern. (Lebhafter Beifall bei der SPD.) Wir werden die Kommunisten hier nicht nach dem beurteilen, was sie in abgedeckter brüderlicher Liebe erklären, sondern danach, was sie in der Ostzone tun. (Sehr richtig! bei der SPD.) Dort sind sie die Staatspartei der Diktatur, und dort erklären sie die Sozialdemokraten als Verräter oder stecken sie als „Schundmacherlinge“ in die KZ-Konzentrationslager.

Es war ein nekischer Zufall: während Herr Reimann gestern hier den Sozialdemokraten Bündnisvorschläge machte, berichtete der Leipziger Sender, Dr. Schumacher habe in seiner Rede am Mittwoch den Bundeskanzler Dr. Adenauer um ein Ministerium in seinem Kabinett gebeten. (Heiterkeit.) Es muß den Kommunisten überlassen bleiben, wie sie mit diesem Zweifrontenkrieg fertig werden. (Erneute Heiterkeit.)

Es gibt für die Sozialdemokraten eine unlösbare Gemeinschaft des Kampfes, das ist die Gemeinschaft mit den unterdrückten, inhaftierten und illegalen Freiheitskämpfern in der Ostzone. (Lebhafter Beifall bei der SPD.) Und es gibt für uns eine unversöhnliche Gegnerschaft zu den kommunistischen Trügern des Diktatursystems in der Ostzone und ihren kommunistischen Mitschuldigen in der Westzone. (Erneuter lebhafter Beifall bei der SPD.) Es lag mir daran, in dieser Frage so eindeutig und klar als möglich sprechen, damit jedermann weiß, woran er ist.

Hal die Adenauer-Regierung eine Mehrheit?

Wir stehen vor der Tatsache, daß bis jetzt nur eine einzige Regierungs-Partei, und zwar der Sprecher der Deutschen Partei, uneingeschränkt und bedingungslos die Zustimmung zu der Regierungserklärung ausgesprochen hat. Das ist außerordentlich bemerkenswert, um so mehr als der Herr Bundeskanzler nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde. Angesichts dieser Sachlage fragen wir den Herrn Bundeskanzler, ob er es nicht für notwendig hält, am Schluß dieser Debatte eine Entscheidung des Bundestags darüber herbeizuführen, ob der Bundestag in seiner Mehrheit die Regierungserklärung billigt. (Sehr gut! bei der SPD.) Es scheint uns ein schlechter Start für die Regierung zu sein, wenn sie ohne diese ausdrückliche Klarstellung an ihre Arbeit geht. (Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Prof. Dr. Carlo Schmid

Das Regierungsprogramm ist dem deutschen Volk geradezu als eine Magna Charta der Freiheit vorgestellt worden. Und manchmal erscheint mir im Lobpreis gewisser Redner der Herr Bundeskanzler als eine Art von Drachentöter, der mit dem Schwert seiner Regierungserklärung den Weg in eine blühende Zukunft geöffnet hat, einen Weg, der im wesentlichen von den Sozialdemokraten versteckt zu sein scheint. Man hat gewisse Gefahren an die Wand gemalt, die von diesen Sozialdemokraten drohen: die Gefahren der Planwirtschaft, die man seltsamerweise in diesem Hause so gern Zwangswirtschaft nennt, so, als könnten sich manche Leute Planung und Ordnung nicht anders denn als Produkt von Kommando und Zwang vorstellen. (Zuruf rechts: Staatliches Kommando!) Dabei schien gestern noch die Planwirtschaft gar nicht so abwegig zu sein! Ich erinnere Sie an den Artikel 5 Ihres Ahlener Programms. (Beifall bei der SPD.) Wie freudig hat sich z. B. seinerzeit Kollege von Brentano (CDU) zur bess. Verfassung bekannt, die nicht nur die Planwirtschaft, sondern auch die Sozialisierung zum Inhalt des Staatsgrundgesetzes von Hessen machte. In solchen Dingen manifestiert sich gelegentlich das Phänomen, daß im ersten Schock eines Zusammenbruchs fast alle klarer sehen, was die tiefen Ursachen des Zusammenbruches gewesen sind, und daß sie in der Auflösung durch den Schock — es gibt auch politisch eine Schocktherapie — betreiter als sonst sind, Konsequenzen zu ziehen. Nach der ersten Erholung beruhigt man sich, man atmet auf, — das Gesetz der Trägheit wirkt und man streut nach dem Ruhebett des Gewohnten zurück.

Was die SPD unter Demokratie versteht

Man hat hier viel von Demokratie und Freiheit gesprochen. Aber es ist ganz natürlich, daß jeder von seiner Demokratie und seiner Freiheit gesprochen hat. Demokratie ist wie jedes geschichtlich gewordene Phänomen ein recht vielgestaltiges Ding. Aber etwas ist doch unter allen Hüllen bleibende Substanz: die Trias der Postulate der Demokratie: Freiheit als Selbstbestimmung, Gleichheit und die Gründung aller Dinge im Recht.

Diese Postulate haben die Möglichkeit zur Realisierung immer nur in einem Hier und Jetzt. Man muß da schon konkret fragen, welche Freiheit und wessen Freiheit, welche Gleichheit und wessen Gleichheit ist gemeint und was für ein Recht und für wen dieses Recht sein soll: Recht als ein Ding zum Festhalten von Privilegien oder als ein Ding zur Abwehr des Eindringens des jeweils dritten Standes in die bisher verwehrten Bereiche — oder soll das Recht ein Ding sein zum Erwerb von Rechten für die, die noch nicht genug davon halten; ein Ding, das ihnen Tore in Bereiche öffnen kann, die ihnen bisher verschlossen waren. Wie seltsam man vom Recht denken kann, dafür gibt es kaum ein einleuchtenderes Beispiel als die bekannte Rede eines gewissen Junkers Otto von Bismarck aus dem Jahre 1847, wo er als göttlichem und menschlichem Recht widerstreitend darstellte, daß die adligen Grundbesitzer zur gleichen Grundsteuer herangezogen werden sollen wie die bürgerlichen.

Was hier in diesen Tagen im Namen der individuellen Freiheit vertreten worden ist, das waren zum großen Teil Relikte des Nationalliberalismus der Wilhelminischen Zeit. (Hört, hört!) Es war weitgehend der sehr respektable Honoratioren-Liberalismus von Besitz und Bildung — der zu seiner Zeit wohl eine höchst moderne und die Welt reich befruchtende Sache gewesen ist. Aber leider haben heute in unserem Volk nur wenige den dafür erforder-

lichen Besitz, und die Bildung ist leider nicht immer dort, wo solcher Besitz sich findet. (Vehrt entlädt!) Was nun von den Vertretern und Lobpreisern dieses Wesens im Dualismus vorschwebt, das wirkt sich real aus als die Freiheit des reichen Mannes, der dem Gesinde ordentlich behandelt. Jene Gleichheit wirkt sich aus zur Gleichheit der Chance innerhalb der Kette, auf der einen Seite und zur bunt rezipierten Uniformität des sich Ablösender mit dem sozialen Dualismus auf der anderen Seite. Wie Sozialdemokraten aber möchten auch für die Freiheit des armen Mannes reale Unterbauten schaffen.

Aber wenn Sie in diesem Fall vom Rechte sprechen, dann denke ich daran, daß Demokratie für uns nicht schon darin bestehen kann, daß es den armen Leuten wie den reichen Leuten verboten ist, Brot zu stehlen!

Herr Dr. Ewers hat uns ein Idealbild seiner Demokratie und seiner sozialen Gerechtigkeit entrollt, ein Bild, auf dem ich manche Züge entdeckte, die mir in meiner — frühen — Jugend die Lektüre von Gustav Freytags „Soll und Haben“ so sympathisch gemacht haben. Das ist die gute alte Zeit. Es ist die Welt des Immermannschen „Oberhof“. Aber wo dieser Oberhof einst stand, da stehen heute Zechen und Hütten. Und die Probleme, die dieser Wandel aufwirft, die löst man nicht mit der sozialökonomischen Weisheit Onkel Bräsig, daß die Armut von der Powertee kommt. (Beifall links.) Letztens läßt sich diese Auffassung von Demokratie in dem Satz zusammenfassen: Demokratie ist dort, wo die Leute einem glauben, daß sie Ursache haben, mit ihrem Los zufrieden zu sein; und die Feinde der Demokratie, das sind jene, die den armen Leuten Zweifel darüber erwecken, daß diese Welt der Väter die beste aller möglichen Welten sei.

Dagegen steht unsere Auffassung von Demokratie, die lautet: Demokratie ist nur dort eine lebendige Wirklichkeit, wo man bereit ist, die sozialen und ökonomischen Konsequenzen aus ihren Postulaten zu ziehen. (Zeitgeist links.) Dazu gehört, daß man den Menschen herausnimmt aus der bloßen Objektsituation — nicht nur im formalpolitischen Bereich, sondern auch und gerade dort, wo der Schwerpunkt seines Lebens liegt, nämlich im ökonomischen und im sozialen Bereich.

Weiter muß man dann den Menschen herausnehmen wollen aus dem Verfallen an die Krisen, die das notwendige Produkt der zugelassenen Wirtschaft sind, die Sie so idyllisch die „freie“ nennen. Dazu gehört daß man dem Menschen erträgliche Arbeits- und Lohnbedingungen schafft durch die Beseitung des Monopols der Eigentümer der Produktionsmittel bei der Bestimmung der Arbeitsbedingungen. Und da muß man zuerst die industrielle Reservearmee demobilisieren, die Sie von Frankfurt aus mobilisiert haben! (Lebhafte Beifall links.)

Bekenntnis zur Arbeiterschaft

Das erfordert einige Strukturveränderungen in unserer Gesellschaftsverfassung. Es erfordert, daß man den Betrieben eine Verfassung schafft, die mindestens das an Mitbestimmungsrecht bringt, was die konstitutionelle Monarchie schon vor 150 Jahren im Staate geschaffen hat. Es bedingt weiter, daß die Wirtschaft — mit indirekten Mitteln natürlich — geplant und gelenkt werden muß, und zwar unter gleichwertiger Beteiligung der Organisation der Arbeiterschaft. Es bedingt weiter, daß man die Schlüssel- und Grundstoffindustrien in Gemeineigentum überführt. Denn Demokratie gibt es nur dort, wo die Schaltleib der Wirtschaft nicht in Händen von Gruppen liegen, denen ihre wirtschaftliche Macht die Möglichkeit gibt, sich der wirksamen demokratischen Kontrolle zu entziehen. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie hierbei Parallelen zur Hillerschen Zwangswirtschaft ziehen, dann frage ich Sie: Gibt es denn als Kontrast zu Planlosigkeit nichts als den Kasernenhof? Kann man sich

nicht vorstellen, daß an die Stelle eines erbarmungslosen Mechanismus eine Ordnung tritt, die der vorsorgende Verstand des Menschen geschaffen hat? (Lebhafte Beifall links.)

Warmherzigkeit erfüllt sich darin, daß man ohne Ressentiment die Konsequenzen daraus zieht, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung die Arbeiterschaft proletarisiert hat (Sehr wahr bei der SPD.) und daß sie bewirkt hat, daß auch die kleine selbständige Existenz das Privileg weniger geworden ist.

Man hat den Wagemut des unternehmenden Menschen gelobt, man hat an den Pioniergeist der Neuen Welt appelliert. Aber alle diese Dinge hatten ihren Preis, und dieser Preis war die Brutalität des Menschen gegen den Menschen. Der Preis, den man dafür zu zahlen hatte, war das Gesetz des Dschungels! (Sehr gut! bei der SPD.) Denen, denen der Pioniergeist so gut gefällt, (Zurufe rechts) möchte ich das Wort der „Pioniere“ in Erinnerung rufen: „Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!“ — Die Indianer haben für den Pioniergeist bezahlt! (Widerspruch und Zurufe rechts.) Und wie ist es mit dem Wagemut und der Reglementlosigkeit? — Meine Damen und Herren, wenn Sie nicht wissen sollten, was sich in der klassischen Zeit der Herrschaft dieser Theorien ereignet hat: Es lohnt sich auch heute noch, die Enquêteberichte des englischen Unterhauses aus der Mitte des letzten Jahrhunderts zu lesen!

Man hat versucht, diese Dinge zu korrigieren, zuerst dadurch, daß man sozialpolitische Maßnahmen einführte. Aber als diese Dinge eingeführt wurden, wurde auf den rechten Bänken des Reichstags davon gesprochen, daß es unmoralisch sei, die Menschen zwangsweise zu versichern. Dann hat man versucht, eine neue Wirtschaftsgesinnung lebendig zu machen.

Dann kam die nächste Etappe: der Versuch, das Arbeitsrecht zu modernisieren. Ich habe mich in meiner Dissertation noch damit abquälen müssen, nachzuweisen, daß der Tarifvertrag nicht gegen die guten Sitten verstößt. (Sehr gut! bei der SPD. — Abg. Dr. Wellhausen: Das tut kein Mensch mehr!) — So historisch ist das nicht, Sie haben damals alle schon gelebt, meine Damen und Herren!

Und nun muß man weitergehen. Wo man stillsteht, geht man zurück. Man muß weitergehen zur strukturellen Wandlung unserer Gesellschafts- und Sozialverfassung. (Lebhafter Beifall bei der SPD. — Zurufe rechts.) — Meine Damen und Herren, es gibt manchen, der es nicht merkt, daß er Marxist in seinem Anderssein ist. — Der Groschen fällt schon, warten Sie mal! (Große Heiterkeit.) Sie sprechen so gern von den ewigen Gesetzen der Wirtschaft. (Abg. Dr. Wellhausen: Sagt auch kein Mensch!) Die Wirtschaftsgesetze sind nicht ewig, sie sind historisch. (Zuruf rechts: Warten Sie mal ab.) Auch der Marxismus ist nicht ewig! (Bravorufe und Händeklatschen rechts und in der Mitte. — Zurufe von den Sozialdemokraten. — Große Heiterkeit.) — Ich gönne Ihnen die Freude, meine Damen und Herren, sich nun turmhoch überlegen fühlen zu können. — Diese Gesetze sind abhängig von bestimmten Gegebenheiten, die die Zeit schafft und wegnimmt, und darum wandeln sich diese Gegebenheiten in jeder Generation, und so wandeln sich auch die Aalogen, in denen sich der Kampf des Menschen gegen die Tyrannie des Mechanismus der gesellschaftlichen Gebilde verkörpert. Wer glaubt, es genüge, sozial im sozialkonservativen Sinne zu sein, der mißversteht die Impulse, die seit 100 Jahren die Arbeiterbewegung tragen. (Sehr wahrl bei der SPD.)

Der Arbeiter will nicht, daß man ihm aus guter Gesinnung etwas schenkt. (Erneute lebhafte Zustimmung bei der SPD und rechts.) Ihm genügt nicht, daß man „es gut mit ihm meint“. Man sollte sich sein Bild von der deutschen Arbeiterschaft nicht allzusehr aus den Romanen Rudolf Herzogs bilden. (Beifall bei der SPD und rechts. — Zuruf des Abg. Dr. von Rechenberg.) — Da wäre es

schon besser. Herr von Rechenberg, wenn man sich das Bild der Unternehmer-
schaft aus der „Union der festen Hand“ eines gewissen Erik Leger holen würde
(Sehr richtig! und Handeklatschen bei der SPD) den Sie jetzt im „Tagesspiegel“
lieber lesen, als Sie ihn vor 15 Jahren gelesen hatten. (Zurut rechts.) — Es ist
schade, daß Sie das Buch nicht kennen. Sie würden sehr viel darin wieder-
finden, was Ihnen autobiographisch bekannt sein dürfte. (Hoiterkeit links.)

Die Arbeiterschaft verlangt, daß man sie in die Lage versetzt, in rechtlich geordneter Weise über sich und die ökonomischen und politischen Voraussetzungen ihrer sozialen Existenz zu bestimmen. (Sehr richtig! bei der SPD. — Zuruf rechts.) Das macht gewisse — bedeutsame — strukturelle Veränderungen notwendig. Die Arbeiterbewegung ist doch nicht nur eine Lohnbewegung, sie ist eine Freiheitsbewegung! (Händeklatschen bei der SPD und in der Mitte.) Sie ist der Aufruhr derer, die bisher für ihr tägliches Brot Vicinien zu gehorchen hatten, einer Welt zu, in der die Gebotstateln für den Erwerb des täglichen Brotes von ihnen selber aufgerichtet sein würden. Haben Sie denn keinen Sinn für die Großartigkeit und für den Realismus dieser Impulse? Diese Impulse sind so großartig und so realistisch wie die ihrer geistigen Vater und ihrer wirklichen Vorfäder 1789 und 1848 einst gewesen sind. (Händeklatschen bei der SPD.) Es wird auch dann, wenn wir, was wir verwirklichen müssen und wollen, verwirklicht haben werden, noch Raum genug geben für christliche Nächstenliebe! (Sehr richtig! bei der CSU. — Zurufe rechts.) — Wenn Sie glauben, mir darauf antworten zu können, alle diese Dinge seien ja leicht in Ordnung zu bringen, wenn man die rechte Gesinnung habe, — es gibt leider auf dieser Welt einige harte Dinge, wie Angebot und Nachfrage, Verzinsung und Rendite, die dem guten Willen gelegentlich Schranken anlegen. (Sehr wahr! bei der SPD.)

Es ist hier auch vom Klassenkampf gesprochen worden. Manche Ausführungen darüber schienen mit liebiger Lektüre weiland Rumpelstilzchens zu ver- raten (Heiterkeit.)

Der Klassenkampf ist nicht von den bösen Sozis erfunden worden, den haben sie vorgefunden, und die Arbeiterschaft brauchte ihn lediglich aufzunehmen. Hätte sie ihn nicht aufgenommen — Herr Kollege Gockeln, Sie haben mir zugestimmt —, ständen die Arbeiter dann heute da, wo sie jetzt stehen? (Abg. Gockeln: Nein!) — Nein, sie ständen nicht dort. (Zurufe.) In demokratisch kontrollierten Staat, in dem das Machtmonopol übermäßig zusammengeballten wirtschaftlichen Eigentums gebrochen ist, kann ein gutes Stück Klassenkampf in seiner elementaren Form überflüssig werden. (Lebhafte Rufe rechts; Sehr gut!) Aber dieser Staat wird dann nicht als ein Staat konzipiert werden, der in erster Linie als Besitzschutzmaschine konstruiert wird. (Sehr richtig! bei der SPD.) Dieser Staat muß dann die *res publica* sein. (Zurufe rechts: Jawohl, richtig!)

SPD und Staat

Der aufgeblähte Staat ist scheußlich, (Lebhafter Beifall bei der SPD, in der Mitte und rechts) und jede Verabsolutierung des Staates ist unmenschlich. (Lebhafte Bravorufe und Händeklatschen rechts.) — Wie freue ich mich, daß Sie rechts so klatschen! (Heiterkeit.) Vor Zeiten hat man auf Ihren Bänken vom SPD Staate gesprochen als dem roher de bronzel (Lebhafte Beifall bei der SPD und Rufe; Sehr gut!) Bei Ihnen kultivierte man die Märchen vom Alten Fritz! (Zurufe rechts; Sprechen Sie von der Gegenwart?) In Ihren Schulbüchern spries man den Vater Friedrichs des Großen mit dem Korporalstock als den Begründer des „modernen“ Staates. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen bei der SPD — Zurufe rechts.)

Es ist eine seltsame Sache, meine Damen und Herren: bei gewissen Gelegenheiten sind es besonders die reichen Leute, die so wenig Staat als möglich haben.

wollen — die Polizei ausgenommen natürlich — und wenn man genau hinsieht, dann erscheint ihnen der Staat offensichtlich dort am schäußlichsten, wo er als Finanzamt in Erscheinung tritt. (Sehr richtig! links.)

Wenn Sie mit Ihren Zwischenrufen über die Stellenvermittlungsbüros der Parteien kommen. — Erinnern Sie sich nicht mehr der Stellenvermittlungsbüros bei den Alt-Herrenschaften der Korporationen? (Sehr gut! bei der SPD und KPD.) Ich sehe, daß sich in diesem Augenblick manche Anwesende mit viel Intensität in das Studium ihrer Akten vertiefen. (Heiterkeit links.) Wir wollen so wenig Staat als möglich, aber soviel Staat als nötig! (Beifall bei der SPD.) Man stellt gelegentlich in diesem Zusammenhang auch die Kontroverse Unitarismus — Zentralismus. Das ist falsch gesehent. Was hier gemeint ist, ist, daß ein Staat den Menschen zum Objekt anonymier Gewalten macht. Das ist richtig. Aber das ist nicht anders, wenn ein Staat sechs Millionen Einwohner hat oder sechzig Millionen. Ich erinnere Sie an den bayerischen Zentralismus. Fragen wir einmal die Franken in diesem Hause, die wissen darüber etwas zu sagen. Was korrigiert werden soll, das kann man nur korrigieren, indem man sehr viel mehr staatliche Gewalt auf die Gemeinden verlagert als es heute der Fall ist. (Beifall rechts, links und in der Mitte.) Man hat uns die Segnungen des Föderalismus gepriesen. (Zurufe aus der Mitte.)

Insbesondere die Sprecher der Bayernpartei. — Sie haben den Anspruch erhoben, für Bayern zu sprechen, Herr Seelos — ich weiß nicht, ob die existenzielle Interpretation des Bayerntums, die Sie und Herr Dr. Eitzel gegeben haben, die richtige ist. Vielleicht haben die beiden Herren auch nur Spaß gemacht. (Heiterkeit rechts, links und in der Mitte.) Aber wenn sie so bewegt darüber geklagt haben, daß man Sie in die Bundesrepublik „hineinvergewaltigt“ habe — was meinen Sie denn, Herr Seelos, was ein Nürnberger „Föderalist“ im Jahre 1803 gegen München gesagt haben mag? Oder ein Augsburger? Sehen Sie, die Geschichte geht nun einmal gelegentlich in Sprüngen voran. Kollege Seelos, Sie sind mir ein schöner Föderalist! Sie haben verlangt, daß man dem Lande Berlin die Finanzgebarung kontrolliere, wenn man ihm Bundesmittel gibt. Stellen Sie sich einmal vor, es sagte nun einer: die Bayern erhalten doch Bundesmittel, also muß man doch kontrollieren, wie sie verwendet werden ... (Beifall und Heiterkeit links, — Abg. Dr. Seelos: So ein amüsanter Marxist ist doch etwas Großartiges!) Etwas interessanter — finden Sie nicht auch? —, als ein langweiliger Föderalist.

Auch ich bin der Meinung, daß in dem bündischen Prinzip eine sehr schöpferische Kraft liegt. Aber das bündische Prinzip wollen wir doch heute nicht im Maßstabe Krähwinkels aktualisieren, sondern im europäischen Maßstab! (Sehr richtig! — Beifall links, rechts und in der Mitte.) Einer von Ihnen hat einmal gesagt, die deutschen Länder müßten im Gänsemarsch in Europa einmarschieren. Meine Damen und Herren, Europa ist kein Hühnerhof! Sie haben auch Österreich angesprochen. Was hier geschehen ist, ist gefährlich, denn es klang etwas an von dem Mythos des „Heiligen Reichs der Deutschen“. (Zurufe.)

Diese Art von Romantik hat die Eigenschaft, über ihre Begründer hinauszuzwachsen. Solche Dinge pflegen in der nächsten Generation umzuschlagen.

Es hat wenig Dinge zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegeben, die so großartig und lauter gewesen wären wie die Deutsche Nationalbewegung. Aber die Bewegung wurde zum Impuls des kleindeutschen Preußendeutschland und machte dieses zur imperialistischen Macht Kontinental-Europas. (Sehr richtig! rechts.) Es hat hier Herr Dr. Richter in einem anderen Ton von ähnlichen Dingen gesprochen. Das war schon eher alldeutscher Ausspruch virulenter Art! Wir haben das aber bei Schönerer und Rudolf Jung schon besser gelesen, — den beiden Autoren, die das Geschichtsbild eines Linzer Realschülers namens Adolf Hitler gebildet haben. (Zurufe.) Ich glaube, daß Anlaß besteht, auf diese Dinge genau zu achten und rechtzeitig das Paroli zu bieten, das wir seinerzeit

zu bieten vergessen haben! (Beifall bei der SPD.) Sie haben sich, Herr Dr. Richter, darüber beklagt, daß in diesem Hause einige dagegen gewesen sind, daß „Einigkeit und Recht und Freiheit“ gesungen wurde, und Sie haben gemeint, diesen Leuten liege offenbar nichts daran. So einfach ist es nicht. Wir wollen kein Lied zur Nationalhymne haben, das dadurch entfehlt worden ist, daß dieses Volk es 12 Jahre lang zur ersten Strophe des Horst-Wessel-Liedes degradiert hat! (Beifall bei der SPD.)

Sie haben, Herr Dr. Richter, über das Unrecht geklagt, das nach Abschluß der Kämpfe den Deutschen im Osten und Westen zugefügt worden ist. Hierzu ist zu sagen, daß wahrlich viel geschehen ist, das sich neben Tatbeständen messen kann, für die man in Landsberg Leute gehängt hat. (Sehr richtig! bei der SPD.) Aber das Recht, hier moralisch anzuklagen, haben nur diejenigen, die sich seinerzeit über Sandfel, über die Austreibung und Ausrottung der Juden und Polen, über Lidice, über Auschwitz und über Oradur wenigstens geschämt haben! (Beifall im ganzen Hause.)

Wenn hier von einigen Fällen späterwachten Widerstandsgeistes gesprochen worden ist, dann sage ich, meine Damen und Herren: Konversionen nach Stalingrad sind demokratisch uninteressant. (Sehr gut! bei der SPD und in der Mitte.)

Die Regierung hat ein lautes Bekenntnis zu den föderativen Grundlagen des Grundgesetzes abgegeben. Herr Dr. Seelos, Sie waren wirklich undankbar gegen die Alliierten, denen verdanken wir doch das meiste davon. (Abg. Dr. Seelos: Kennen Sie die Bayern nicht? — Heiterkeit.) Der Föderalismus, zu dem sich die Regierung bekannt hat, regt in mir zwei Fragen an: Meinen Sie Föderalismus als Vereinigung dessen, was getrennt ist, oder als Trennung von etwas, das vereint ist? Wir sagen Ja nur zu der ersten Möglichkeit! Wir hoffen, die Regierung meint es auch so . . . Nun bitte ich — mit allem Respekt —, mich an die Regierungsbank wenden zu dürfen, Gewisse Personen dort erwecken bei uns Zweifel.

Die SPD zur Außenpolitik

Diese Regierung wird, wenn wir sie ganz richtig bezeichnen wollen, von uns als Regierung Adenauer-Schäffer bezeichnet werden müssen. (Sehr gut! bei der SPD.) Einige der Hüter der Verfassung haben seinerzeit gegen dieses Grundgesetz gestimmt, (Sehr wahr! bei der SPD.) weil es ihnen zu unerträglich zentralistisch erschien. Da haben wir nun den Verdacht, daß vielleicht einige denken könnten, jetzt auf organisatorischem Wege das schaffen zu können, was ihnen in Bonn nicht gelungen ist. Wir werden darüber wachen, daß Deutschland nicht weiter dissoziiert wird. (Abg. Dr. v. Brentano: Ist nicht unsere Absicht!) und daß damit der Preis, den Sie, Herr Bundeskanzler, für den bayerischen Sukkurs zahlen müßten, nicht allzu sehr auf Kosten der deutschen Zukunft geht. (Sehr richtig!) Vielleicht werden wir dabei auch Sie zum Bundesgesessen erhalten, Herr Bundeskanzler. (Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Wenn man sich anschaut, was sich in gewissen Ländern in den Staatskanzleien alles an politischer Energie und an Politikfreudigkeit zusammengeballt hat, da kann man gelegentlich Bilder unbeschreiblicher Komik sehen. Manche Staatskanzleien trieben nämlich Außenpolitik gegen andere Staatskanzleien. (Heiterkeit. — Zuruf: Auch in Tübingen!) Es gab da etwas wie eine Doktrin des innerdeutschen Gleichgewichts. — Sie rufen „Tübingen“. Ich will Ihnen gleich etwas sagen. Die Tübinger Staatskanzlei bestand zu meiner Zeit aus zwei Beamten, als die Freiburger aus 34 bestand. (Große Heiterkeit.) Man hat damals Legationsräte noch und noch eingestellt, Gott sei Dank, denn jetzt haben wir wenigstens Protokollchefs zur Verfügung. (Heiterkeit.)

Nichts ist heute notwendiger als eine konsequente Außenpolitik. Ich muß sagen, daß mir die Zurückhaltung des Herrn Bundeskanzlers, kein Auswärtiges

Amt zu errichten, höchst weise erscheint. Ob das aus Erkenntnis geschehen ist, oder weil die Schaltung eines solchen Amtes die Geburtswehen der Kabinettsbildung verschlimmert hätte, das ist gleichgültig; wir freuen uns des Resultates. (Große Hinterkeit. — Beifall bei der SPD. — Abg. Renner: Zudem war es auch verboten.)

Unser Staat ist noch nicht in der Lage, eine institutionelle Außenpolitik im klassischen Sinn zu treiben. Zu einer solchen Politik gehören eine Reihe von Voraussetzungen, von denen die wichtigste die Möglichkeit ist, sich seine Partner frei zu wählen. (Sehr gut!) Die haben wir nicht. Es gehört dazu die Möglichkeit der Universalität der politischen Beziehungen. Es gehört dazu die Möglichkeit, dies auszubauen, und es gehört die Möglichkeit dazu, den politischen Entschlüssen einen Zug zum Permanenten hin zu geben. Das alles können wir heute, wo wir unter Fremdherrschaft leben, nicht. Außerdem: wir müssen noch ein wenig warten, bis gewisse Traditionen der Wilhelmstraße ausgestorben sind. (Beifall bei der SPD.) Es gibt mehr Nadeln, als die Nadeln selber wissen. (Erneuter Beifall bei der SPD.) Wir können und wollen mit einer Tradition, die jetzt nur Ausspielen von Ost und West, „Rückversicherungsverträge“ usw. kannte, nichts mehr anfangen. (Sehr richtig!) Wir können auch nichts anfangen mit einer neuesten Tradition des Wilhelmstraßenforsatzes mit den Abendlandrezepten im Sinne einer Option für die Politik westlicher Staaten, indem man Deutschland zum Instrument dieser Politik anbietet. (Beifall bei der SPD.) Auch dafür stehen schon Spezialisten in Deutschland an. Man sollte nicht glauben, daß eine deutsche Politik notwendig Funktion der nationalen Interessenpolitik fremder Länder sein müsse, (Sehr gut!) liegen diese Länder nun östlich oder mögen sie westlich liegen. (Beifall bei der SPD und rechts.) Wenn man dabei vor der Gefahr der Selbstisolierung warnt — es gibt Zeiten, wo Isolierung das beste Mittel ist, um sich vor dem Aufgefressenwerden zu schützen. Denken Sie an das unvorsichtige Rotkäppchen (Hinterkeit.)

Die Leute, die eine solche deutsche Politik in ein System bringen könnten, sind als Team noch nicht vorhanden. Wir sollten uns daran gewöhnen, in der Geduld nicht nur ein Nachteil zu sehen, sondern eine höchst wirksame Kraft. (Lebhafte Beifall bei der SPD, in der Mitte und rechts.) Deutschland ist durch sein Dasein, seine Masse, seinen Ort und durch seine Zukunft ein außenpolitisches Agens in potentia. (Sehr gut! in der Mitte.) Dieses immanente Potential gilt es von Fall zu Fall zu aktualisieren. Wir müssen als Volk eine deutsche Politik anlegen, die nicht Funktion fremden Willens ist, sondern Produkt des Willens dieses Volkes. Wir müssen es tun, um eine europäische Politik machen zu können. (Beifall bei der SPD, — Sehr gut! rechts.) Es ist keine wirksame Außenpolitik möglich ohne das rechte Verhältnis eines Volkes zu sich selbst.

Heute ist diesem Volk aufgegeben, sich im Kampf um die Verwirklichung einer lebendigen Demokratie zu integrieren, — Demokratie als die politische Form des Willens eines Volkes zur Selbstbehauptung, zur Selbstbestimmung und zur Selbstachtung verstanden. (Beifall bei der SPD.) Nur wenn dieses Volk der Arbeiter, der Städter und der Bauern Deutschlands weiß, in diesem Land lebt man richtig, und das heißt, nach dem Gesetz dieser Zeit; und wenn es weiß: in diesem Land lohnt es sich, zu leben, wird es möglich sein, eine edle, systematische, eigenständige Außenpolitik zu treiben, die gleich weit entfernt ist von dem Surrogat der Selbstachtung, das Nationalismus heißt, wie von der Flucht in die Unterwerfung.

Politik heißt: das Notwendige möglich machen. Das Ziel unserer Politik muß sein, das Notwendige, nämlich die Wiedergewinnung der deutschen Freiheit und der deutschen Einheit, möglich zu machen. Man sollte nicht vergessen, daß es in bestimmten Situationen eine potentielle Überlegenheit des Sieges

über den Sieger gibt. Man wird uns im Laufe der Zeit eine Reihe von „Freiheiten“ anbieten; aber jede „Freiheit“ engagiert korrespondierende Verantwortungen, das heißt aber, daß nur dort edle Freiheit ist, wo man funktionsmäßig in der Lage ist, sie zu realisieren. Manche „Freiheiten“ darf man nicht annehmen, weil man sonst vielleicht die Freiheit schlechthin gefährden könnte. Der Hinweis darauf, daß jeder, der sich auf gewisse Vorbehaltsbefugnisse in deutschen Angelegenheiten beruft, dafür auch mit erhöhter Verantwortung bezahlen muß, wird von uns manchen Verzicht auf halbe Lösungen bedingen; es wird aber der einzige Weg sein, damit zur Freiheit und Einheit Deutschlands zu kommen.

SPD und Besetzungsrecht

Es ist ganz klar, daß das erste konkrete Ziel der Außenpolitik der Regierung die Schaffung eines rechten Verhältnisses zu den Besetzungsmächten sein muß. Die äußere Form, in der dieses Verhältnis sich allein gestalten kann, ist das Besetzungsstatut. Die heutige Besetzung Deutschlands ist keine Sicherheitsbesetzung, sondern eine Besetzung zu dem Zweck, fremden Mächten die Möglichkeit zu geben, bestimmte Dinge vorzunehmen, die sonst nur von den Deutschen vorgenommen werden könnten. Das geschah bisher ganz nach dem freien Ermessen der Militärregierung. (Abg. Renner: Und heute?) — Das Besetzungsstatut, Herr Kollege Renner, hat in diese Dinge wenigstens den Anfang eines geordneten Verfahrens gebracht! Das Wesentliche der Interpretation des Besetzungsstatutes wird durch die Praxis der nächsten Wochen geleistet werden müssen. Man sollte sich davor hüten, bei intern-alliierten Anordnungen auf Sachgebleten, die die Alliierten sich vorbehalten haben, eine deutsche Unterschrift vorschalten zu lassen. (Sehr richtig! links.) Die Sache mit der Abwertung der D-Mark war ein schlechter Start. (Sehr richtig! bei der SPD.) Es scheint so, als ob gewisse Einsprüche gegen den von der Regierung gewünschten Umrechnungssatz hauptsächlich von der Absicht bestimmt gewesen wären, gewissen Abnehmern von Ruhrkohle billigen Ruhrkoks zu sichern. (Zustimmung bei der SPD.) Wir sind auch der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn die Bundesregierung dieses Haus rechtzeitig von diesen Verhandlungen unterrichtet hätte. Vielleicht hätten wir dabei dem Herrn Bundeskanzler einige Hilfe leisten können, und sei es nur durch den Hinweis darauf, daß in allen Devisenangelegenheiten der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber seinen beiden Kollegen ein hochqualifiziertes Stimmrecht hat. (Sehr richtig!) Es hätte sein können, daß ein amerikanisches Presse-Echo auf ein solches Wort in diesem Hause dem Hohen Kommissar der Vereinigten Staaten in Deutschland ein anderes Verhalten als das, das ihm beliebt hat, hätte nahelegen können. Mir hat auch der Ton nicht gefallen, in dem der Beschuß gefaßt worden ist. (Zustimmung bei der SPD.) Herr Bundeskanzler! Mir hat auch nicht gefallen, wie Sie gestern dieses Hohe Haus abgekanzelt haben. Man sollte das Parlament nicht nur für einen Störenfried halten. Bei allem Respekt, den wir vor der Regierung haben, sind wir doch auf unseren beschränkten Untertanenverstand recht stolz. (Hinterkeit und Beifall.) Ich meine übrigens, daß die Bülow'schen Lebenserinnerungen nicht die empfehlenswerteste Lektüre für einen demokratischen Staatsmann sind (Lebhafte Beifall links.) Es ist ganz klar, daß das Verhältnis zur Hohen Kommission so arbeitsförderig wie möglich gestaltet werden muß. Aber das gelingt nicht immer dadurch, daß man nur Ja sagt. Oft wird durch ein „Nein“ zur rechten Zeit ein besseres Verhältnis geschaffen als durch zuviel Ja.

Die Revision des Besetzungsstatuts ist eine dringende Notwendigkeit. Sie wird nicht ein Geschäft für Juristen, sondern eine Sache der Praxis sein. Diese Abänderung wird auskämpft werden müssen. Bei der Politik handelt es sich

nicht darum, recht zu haben, sondern recht zu behalten. (Sehr richtig!) Noch besser allerdings ist es, ein neues Recht zu schaffen. Das wird man nur können, wenn man auch die Probleme, die die Besetzung aufgibt, auf eine andere als nationalstaatliche Ebene hebt, nämlich auf die gesamteuropäische Ebene. (Sehr gut!) Es gibt keine konkretere politische Aufgabe im Großen, als das für alle Notwendige, — nämlich Europa! — auch von Deutschland aus möglich zu machen, (Bravo) einen europäischen Bundesstaat, an den die europäischen Staaten von heute wesentliche Teile ihrer Souveränität abgeben. (Beifall. — Zuruf: Freiwillig!) — Ja, freiwillig! Wir müssen endlich das törichte Dogma vom Monismus der Souveränität in die Wolfsschlucht werfen! (Sehr gut!) Dieses Europa kann nur Voll-Europa und nicht Klein-Europa sein.

SPD und deutsche Einheit

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist ein europäisches Anliegen. Die Voraussetzung dafür, daß sie geschehen kann, ist eine Einigung der vier Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschlandpolitik. Was können wir dabei tun? Als Volk können wir uns dabei so verhalten, daß es den westlichen Besatzungsmächten unmöglich wird, sich einem Diktat des Ostens zu fügen. Und als Regierung können wir dabei folgendes leisten: nämlich nichts zu tun, was die Alliierten aus ihrer Verantwortung entlassen könnte. Es werden manche Versuchungen an uns herantreten. Wir dürfen diesen Versuchungen nicht erliegen! Die Voraussetzung für die Wiedervereinigung des Ostens kann man nicht ohne eine aktive Berlin-Politik schaffen. Es sind hier gute Worte über die Hilfe, die man Berlin bringen muß, gelallen. Wir müssen auch eine aktive Staatspolitik im Hinblick auf Berlin treiben. (Sehr gut! Links.) Man hält mit hier das Alliierte Veto entgegen. Ja, es wurde ausgesprochen. Aber wir können Berlin so behandeln, als ob es heute schon das zwölftes Land der Bundesrepublik Deutschlands wäre! (Beifall.) Man kann sich dabei so verhalten, daß das Placet der Hohen Kommissare darin nur noch eine Formalität sein wird. Über die Oder-Neiße-Linie ist nichts mehr zu sagen. Nur folgendes möchte ich hier — warnend — sagen: Beziehen wir in diesen Komplex nicht das Sudetenland hinein! Bannen wir alle Vorstellungen vom weiland Großdeutschen Reich! Die Sudetendeutschen müssen in ihre Heimat zurück und müssen dort gleichberechtigt mit den anderen Völkern Böhmens und Mährens leben in einem Europa, das eine höhere Schweiz werden muß! (Beifall bei der SPD.) Und was den Westen anbetrifft, so kann auch hier unsere Politik nur europäisch sein. Sie ist belastet mit einer Reihe von Hypotheken, aber wir sollten einsehen, daß diese Hypotheken nicht von ungefähr zu unseren Lasten in das Grundbuch der Geschichte eingetragen sind: Demontagen, Reparationen, Besatzungskosten, Grenzkorrekturen, Ruhrstatut und die Saar. Wir müssen versuchen, damit fertig zu werden. Manches davon wird endgültig nur europäisch gelöst werden können; durch falsche nationalstaatliche Lösungen könnten wir Europa gefährden.

SPD und Frankreichpolitik

Jeder Redner hat von der Notwendigkeit der Bereinigung unseres bösen Verhältnisses zu Frankreich gesprochen. Ja, ja und nochmals ja! Das muß geschehen, aber es muß auf soliden Grundlagen geschehen. Man sollte von uns nicht verlangen, daß wir ständig im Büßerbemüd herumlaufen. Darauf

läßt sich eine Zukunft nicht aufbauen. Und wir sollten nicht von den Franzosen verlangen, schlicht zu vergessen. Nur wenn wir bereit sind, unsererseits den Beweis zu liefern, daß wir nicht vergessen, warum alles so gekommen ist, werden wir den Franzosen sagen dürfen: Nun solltet Ihr einiges vergessen! (Beifall bei der SPD.) Um dafür die Grundlagen zu schaffen, ist es nötig, alle Zwielichtssituationen zu vermeiden, aus denen die giftigen Fleidermäuse des Nationalismus ausschwärmen könnten. Endgültig gelöst wird das deutsch-französische Verhältnis erst dann sein, wenn wir die Vereinigten Staaten von Europa unter Dach und Fach gebracht haben. (Beifall bei der SPD.) Manche meinen, das Ruhrstatut sei ein guter Weg dazu. Ich glaube es nicht. Ich fürchte, daß das Ruhrstatut eher ein Hindernis auf dem Wege nach Europa sein wird. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, ob sie glaubt, es könne besser dadurch transformiert werden, daß man es ausdrücklich anerkennt und so drei Stimmen in der Ruhrbehörde erhält oder ob es nicht vielleicht sicherer dazu kommen könnte, wenn man das Statut nicht anerkennt und so eine neue Prüfung des Problems veranlaßt. (Zustimmung bei der SPD.) Und was nun die Saar anbetrifft, da habe ich zu meinem Bedauern feststellen müssen, daß die Bemerkungen, die der Herr Bundeskanzler über das Saargebiet gemacht hat, in der im Bundesanzeiger abgedruckten Regierungserklärung nicht enthalten sind — und es hat mich geschmerzt, daß der Herr Bundeskanzler davon gesprochen hat, daß Frankreich Interessen im Saargebiet hat — was richtig ist —, daß aber auch Deutschland „Interessen“ am Saargebiet habe. Man spricht nur dort von „Interessen“ eines Staates in einem anderen Gebiet, wo dieses Gebiet ein fremdes Gebiet ist. Das Saargebiet aber ist ein Stück Deutschlands! (Lebhafte Beifall bei der SPD und rechts.) Es gibt keine Saarfrage. Es gibt eine Realität „Saarkohle“ und „lothringisches Erz“, die durch eine politische Grenze getrennt sind, und das Problem ist: wie bringt man diese Kohle und dieses Erz zusammen, obwohl eine politische Grenze dazwischen läuft? (Sehr richtig!) Die Methoden von früher sind heute nicht mehr möglich. In Asien und Afrika baut man die Rechtsfigur des Protektorats langsam ab und hier im Herzen Europas errichtet man eine Protektoratsverfassung! Wenn man sich dabei auf den Willen des Saarvolkes beruft — man wage doch eine Volksabstimmung im Saargebiet! (Lebhafte Beifall.) Es muß hier eine Lösung gefunden werden, die dieser Zeit und der Atlantik-Charta würdig ist. Am besten wäre es natürlich, wir könnten heute schon die europäischen Bodenschätze europäisieren. Das können wir aber leider noch nicht. Aber schon heute könnte man eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich treffen, deren Ergebnis ein unbehinderter Zugang des Erzes zur Kohle und der Kohle zum Erz sein könnte. (Beifall links.)

SPD und Europa Rat

Wir werden sehr bald vor der Frage stehen, wie wir uns zum Europa-Rat in Straßburg stellen sollen. Ich meine, daß wir warten sollten, bis man uns einlädt. Wir haben noch keine Möglichkeit einer souveränen Außenpolitik; darum kann ich mir einen deutschen Minister im Ministerrat des Europa-Rates nicht vorstellen. Wir sollten nur als assoziiertes Mitglied nach Straßburg gehen wollen, nicht nur deswegen, weil man uns anders nicht einladen wird. Ich glaube, wenn wir uns hierbei auf das Mögliche beschränken, dann wird uns das früher die Freiheit bringen, als fiktive Gleichberechtigungen es könnten!

Zur parlamentarischen Haltung der SPD

Opposition bedeutet für uns nicht eine Respektabilitätsbezeichnung für jene, „die nicht mitmachen dürfen“. Wir betrachten uns nicht als eine Art „Club der Mißvergnügten“. Opposition ist nicht die Bremse am Wagen der deutschen Politik, Opposition ist der andere Bewegter der deutschen Politik. (Sehr gut!) Regierung und Opposition bilden nur zusammen die Gänze der deutschen politischen Kräfte! (Lebhafter Beifall.) Nehmen Sie diese Worte nicht allzusehr ironisch; sie sind kein Bekennnis zur Sanftmut. Es wird Kampf geben, (Zuruf: An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen!) das liegt in der Natur der Sache. — Sie kennen das Wort von den Kartoffeln, hierz Kollege Hilpert; ich brauche es Ihnen nicht zu sagen. — Diesen Kampf zu vermeiden ist keine Sache des guten Willens allein. Sache des guten Willens aber ist, wie dieser Kampf geführt wird. Wir wollen ihn fair führen und wir hoffen von der Regierungskoalition, daß die Art, wie sie ihn führen wird, so sein wird, daß wir nicht ausschließlich gezwungen sein werden, gegen sie zu kämpfen, sondern daß unser Kampf ein Weltstreit um die Bürgerkrone, ein Wettkampf um den Ruhm, unserem Volke am besten gedient zu haben, werden kann. (Beifall links und bei der FDP.)

Politische Leitsätze

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

(Aktionsprogramm der SPD)

Beschlossen auf dem Parteitag in Hannover am 11. Mai 1946

In der Periode zwischen zwei Weltkriegen haben überall die Kräfte des Hochkapitalismus und der Reaktion versucht, den sozialistischen Konsequenzen der Demokratie zu entsagen. In Deutschland ist ihnen dies auf Grund der ökonomischen, historischen und geistesgeschichtlichen Bedingungen gelungen.

Mit dem „Dritten Reich“ war durch die Zerschlagung der politischen Kraft der arbeitenden Klasse die Demokratie außer Kurs gesetzt und durch das Fehlen demokratischer Willensbildung und Kontrolle die entscheidende Voraussetzung für die europäische Katastrophe gegeben. Das Versagen des deutschen Bürgertums und jenes Teils der Arbeiterbewegung, der den klassenpolitischen Wert der Demokratie nicht erkannt hatte, bildet den historischen Schuldanteil des deutschen Volkes.

Mit denselben Methoden, mit denen das „Dritte Reich“ die Austragung der Klassengegensätze im Innern gewaltsam unterdrückt hatte förderte es den Gegensatz der Nationen untereinander. Die unvermeidliche Folge der Diktatur war der Krieg und damit der totale militärische und politische Zusammenbruch und die Zerstörung der bisherigen Grundlagen des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens. Sie sind damit unbrauchbar für den Aufbau eines neuen Deutschland geworden. Ökonomisch ist die ungeheure Konzentrierung der einst kolossalen Produktionskräfte in Lähmung und Auflösung umgeschlagen. Zustände sind berausgezogen, unter denen keine Klasse kein Volk und keine Wirtschaftsform existieren können.

Das deutsche Volk ist in der Welt isoliert und hat die Folgen des national sozialistischen Eroberungskrieges und des im Kriege an den unterdrückten Völkern verübten Verbrechen zu tragen.

Demgegenüber sieht die Sozialdemokratische Partei ihre Aufgabe darin, alle demokratischen Kräfte Deutschlands im Zeichen des Sozialismus zu sammeln. Nicht nur die politischen Machiverhältnisse

sondern auch ihre ökonomischen Grundlagen müssen geändert werden. Nur eine völlige Umgestaltung gibt dem deutschen Volk die wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten und sichert die Freiheit und den Frieden.

I.

Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Profitwirtschaft zu ertragen und Ausbauungsgewinne, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen. Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen. Sie sind zu dem schwersten Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden.

Der vorhandene private Großbesitz an Produktionsmitteln und das mögliche Sozialprodukt der deutschen Volkswirtschaft müssen den Bedürfnissen aller zugänglich gemacht werden. Der heutige Zustand, bei dem die große Mehrheit alles verloren hat, eine Minderheit aber reicher geworden ist, muß durch eine gerechte Gesellschaftsordnung überwunden werden.

Die Sozialdemokratie erstrebt eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinschaftliche Gestaltung. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein. Die Vermehrung der Produktionsmittel und Verbrauchsgüter ist die Voraussetzung für die lebensnotwendige Eingliederung Deutschlands in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgt auf verschiedene Weise und in verschiedenen Formen. Es gibt für den Sozialismus keine Einformigkeit und keine Unfreiheit, keinen kommandierenden Kassensozialismus, keine Uniformität. Es gibt keine sozialistische Gesellschaft ohne die mannigfältigsten Betriebsarten und Formen der Produktion. Der Sozialismus will soviel wirtschaftliche Selbstverwaltung wie möglich unter stärkster Beteiligung der Arbeiter und Verbraucher.

II.

Die Sozialisierung hat zu beginnen bei den Bodensitztzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlherzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form der Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.

Die Förderung des Genossenschaftsgedankens, die Lösung betrieblicher Gemeinschaftsaufgaben in Handwerk, Handel und Landwirtschaft, stärkste Unterstützung der Verbrauchergenossenschaften sind nötig.

Der gesamte Verkehr, die neu zu gestaltende Geld- und Kreditversorgung und das Versicherungswesen sind Gegenstand sozialer Planung.

Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ist unter Enteignung der Großgrundbesitzer sofort einzuleiten. Die Neuüberlegung des Großgrundbesitzes, seine Bewirtschaftung in bürgerlichem, gärtnerischem und siedlerischem Einzelbesitz oder teilweise in genossenschaftlichem bürgerlichem Gemeinbesitz ohne eine die Wirtschaftlichkeit gefährdende Zerstückelung sind notwendig. Das ist die Voraussetzung der sozialen Gerechtigkeit auf dem Lande, der endgültigen Unterbringung von mehr Menschen, einer ersten Lösung der Flüchtlingsnot, der Förderung der Erzeugung und der Verbreiterung der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes.

Der Klein- und Mittelbetrieb in Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe und Handel hat in der von der Sozialdemokratie angestrebten Wirtschaftsordnung wichtige Aufgaben zu erfüllen und soll sich innerhalb dieser Grenzen entfalten.

Die deutsche Wohnungswirtschaft bedarf starker öffentlicher Lenkung. Sie ist mit den Mitteln der Gesamtheit und nicht nur von den von der Zerstörung betroffenen Gemeinden zu betreiben. Die Wohnraumbeschaffung gehört zu den vordringlichsten Aufgaben. In der Periode der Wohnungsnot ist der Gedanke der genügenden Unterbringung aller und nicht die Erhaltung der Bequemlichkeit einzelner entscheidend.

Der Lastenausgleich fordert eine grundlegende, alles umfassende Finanz- und Währungsreform. Ein soziales Existenzminimum muß gesichert und der Massenverbrauch geschränkt werden. Der Lasten-

ausgleich zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden ist so vorzunehmen, daß ein soziales Niveau ohne Privilegiere und ohne Benachteiligte entsteht.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die ökonomische Befreiung der menschlichen Persönlichkeit. Darum ist für sie der Sozialismus das Programm der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der geistigen Berufe und des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen überhaupt die von dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit und nicht durch das Mittel der kapitalistischen Ausbeutung leben. Erst die Überwindung jeder Form der Ausbeutung wird den Menschen in den vollen Besitz seiner Rechte und zur Entfaltung seiner persönlichen Werke bringen.

III.

Die deutsche Sozialdemokratie sieht ihre politische Aufgabe darin, die umstürzenden Veränderungen des gesellschaftlichen Seins, die unvermeidlich und notwendig sind, in das politische Bewußtsein der Massen zu übertragen und die Mehrheit des Volkes für den Sozialismus zu gewinnen.

Der Weg zu diesem Ziel kann nur eine starke und kampfbereite Demokratie sein. Es gibt nur eine Demokratie. Es gibt keine bürgerliche und keine proletarische Demokratie, ebensowenig wie es für die heutige Sozialdemokratie einen reformistischen oder einen revolutionären Sozialismus gibt. Jeder Sozialismus ist revolutionär, wenn er vorwärtsdrängend und neugestaltend ist.

Die Demokratie ist für alle Schaffenden, die beste Form des politischen Kampfes. Sie ist für uns Sozialisten ebenso eine sittliche wie madpolitische Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie will die freiwillige Eingliederung aus eigener Erkenntnis mit dem Recht der Kritik ihrer Anhänger.

Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie, ohne die Freiheit des Erkennens und die Freiheit der Kritik. Es gibt aber auch keinen Sozialismus ohne Menschlichkeit und ohne Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit.

Wie der Sozialismus ohne Demokratie nicht möglich ist, so ist umgekehrt die Demokratie im Kapitalismus in steter Gefahr. Auf Grund der besonderen geschichtlichen Gegebenheiten und Eigenarten der geistigen Entwicklung in Deutschland braucht die deutsche Demokratie den Sozialismus. Die deutsche Demokratie muß sozialistisch sein oder die gegenrevolutionären Kräfte werden sie wieder zerstören.

Der Charakter der deutschen Sozialdemokratie besteht in ihrem kompromißlosen Willen zu Freiheit und Sozialismus. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß sie die einzige Partei in Deutschland war, die unter den größten Opfern für die Ideen der Demokratie, des Friedens und der Freiheit eingetreten ist. Sie ist auch heute die Partei der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland.

Die deutsche Sozialdemokratie lehnt jeden Rückfall in totalitäres Denken und Handeln entschlossen ab. Im Geiste dieser Grundfeststellung wird sie eine Politik der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit gegenüber allen Kräften des In- und Auslandes treiben und ihr Verhältnis zu anderen politischen Parteien regeln.

Die Sozialdemokratie begnügt sich nicht mit der historischen Legitimation, die in der großen Geschichte ihres Freiheitskampfes gegeben ist. Sie will ihren Anspruch als führende politische Kraft in der deutschen Politik durch ihre positiven Leistungen für Staat und Volk und durch die Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Sachlichkeit ihrer Politik immer von neuem rechtfertigen.

IV.

Auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungspolitik erstrebt die Sozialdemokratie die Demokratie, die getragen ist von der Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Bürger. Sie will eine Republik mit weitgehender Dezentralisierung und Selbstverwaltung.

Die deutsche Republik der Zukunft soll sich aufbauen auf Länder, die nicht in ihrer eigenen Existenz ihren höchsten Zweck schon, sondern die sich nur als Bausteine einer höheren nationalen Ordnung betrachten. Der Träger der Staatsgewalt soll das ganze deutsche Volk sein.

Keins der heutigen Länder und keine der heutigen Provinzen dürfen sich in ihrer Existenz und in ihrem Umfang als garantiert ansehen. Es gibt keine ausreichende geschichtliche Legitimation gegenüber den Notwendigkeiten der Gegenwart.

Die Verwaltung muß von unten her reformiert werden, und die unteren Träger des kommunalen Zusammenlebens müssen möglichst große Kompetenzen haben. Das Volk, repräsentiert durch seine Parteien, bestimmt die Aufgaben und Ziele der Verwaltung. Die Beamten, Angestellten und Beamten der öffentlichen

Körperschaften sind durch ein einheitliches Dienstrecht und durch Schaffung ihrer Staatsbürgerrechte zu schützen.

Alle Staatsbürger sind ohne Ansehen des Clerikaltums, des Glaubens, der Rasse oder des Geschlechts nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen.

Alle Bürger müssen vor dem Gesetz gleich sein. Niemand darf seinem gesetzlichen Recht entzogen werden. Es darf keine Ausnahmegerichte geben.

Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle! Trennung von Kirche und Staat. Damit wird den Kirchen und allen Weltanschauungsgruppierungen die Möglichkeit gegeben, in Freiheit die ihnen eigenen Aufgaben zu erfüllen. Niemand soll verpflichtet sein, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sollen wieder frei sein, um das zerstörte Kultur- und Geistesleben neu zu gestalten. Ihre Leistungen sollen dem deutschen Volk die Achtung und das Vertrauen der Welt wiedergewinnen.

Das allgemeine Schulwesen ist öffentlich. Die Schulen sollen die Jugend frei von totalitären und intoleranten Anschauungen erziehen im Geist der Humanität, der Demokratie, der sozialen Verantwortung und der Völkerverständigung. Allen Deutschen stehen die Bildungsmöglichkeiten allein entsprechend ihrer Fähigkeiten offen. Sie sind unabhängig von Bekanntheit, Staat und Besitz.

Die Freiheit der Meinungsäußerung und der Kritik muß auch in der Freiheit der Presse ihren Ausdruck finden.

Es ist ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen. Jeder Bürger soll die Möglichkeit gegeben werden, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, hat er Anspruch auf Lebensunterhalt. Jedem wird die gleiche Möglichkeit für seine Berufswahl und Berufsausbildung gegeben. Jedermann hat das Recht und die Pflicht, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwerben.

Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jeden und für alle Berufe zu gewährleisten. Zur Vertretung der Interessen der Arbeitenden in den Betrieben sind Betriebsräte mit weitgehenden Rechten zu bilden.

Das Fürsorge- und Gesundheitswesen ist eine öffentliche Angelegenheit. Zur

Erhaltung der Gesundheit, zum Schutz der Mutter- und Kindergesundheit, zur Vorsorge gegen wirtschaftliche Folgen von Alter und Unfällen soll eine einheitliche Sozialversicherung geschaffen werden, bei der die Versicherten maßgebend mitzuwirken haben. Jugendfürsorge und Jugendwohlfahrt sind öffentliche Aufgaben. Die Opfer des Krieges und der Diktatur haben Anspruch auf ausreichende Hilfe.

V.

Die deutsche Sozialdemokratie anerkennt die Pflicht zur Wiedergutmachung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des deutschen Volkes. Sie ist für die Bestrafung der Schuldigen und der Kriegsverbrecher.

Die Sozialdemokratie erstrebt die Eingliederung des neuen Deutschlands in die neue internationale Organisation der Völker. Deutschland brandt die wirtschaftliche, soziale und politische Hilfe der demokratischen Nationen.

Das neue Deutschland leidet heute nicht nur unter der Erbschaft des Dritten Reiches, sondern auch unter der Tatsache, daß es keine gemeinsame Politik der Besatzungsmächte gegenüber Deutschland gibt. Die deutsche Sozialdemokratie wartet auf den Tag, an dem eine Klärung der Probleme in Deutschland und der Welt eine einheitliche Politik der Besatzungsmächte gegenüber Deutschland ermöglichen und die Politik der Besatzungszonen beenden wird.

Die Politik der Wirtschaftsverstümmelung, der Menschenversklavung und der Massenausrottung, die die Politik der nationalsozialistischen Diktatur war, darf im Zeitalter der Demokratie keine Geltung haben.

Wie die Demokratie nicht gesichert ist ohne die ökonomische Befreiung der Menschen, so ist sie ebenso unmöglich ohne die nationale Freiheit des Volkes. Die deutsche Sozialdemokratie erhebt den Anspruch auf die Erhaltung Deutschlands als eines nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Ganzen. Nur wenn es uns gelingt, Deutschland als eine Einheit zu erhalten, werden vor allem die jungen Menschen die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus nicht als

Ergebnis des Zusammenbruchs des Dritten Reiches, sondern als selbstgewollte höhere Notwendigkeiten begreifen lernen. Nur dann wird die Sozialdemokratie den Kampf gegen jeden neuerwachten Nationalismus mit Erfolg führen können.

So wie die Sozialisten aller Länder für die Unabhängigkeit ihres Landes einstreben, so tut es auch die deutsche Sozialdemokratie. Aber sie weiß daß die Periode der uneingeschränkten Souveränität der Einzelstaaten vorüber ist. Nicht Teile von Deutschland dürfen internationalisiert werden, sondern ganz Europa muß internationalisiert werden.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.

Die Sozialdemokratie sieht in dem gemeinsamen Kampf der Sozialisten aller Länder gegen jede Form der Ausbeutung, des Imperialismus und des Faschismus, der Reaktion und des hegemonialen Nationalismus die große geschichtsbildende Kraft, die Frieden und Freiheit für alle Völker sichern kann.

*

Sozialismus ist nicht mehr ein fernes Ziel. Er ist die Aufgabe des Tages. Die deutsche Sozialdemokratie ruft zur sofortigen sozialistischen Initiative gegenüber allen praktischen Problemen in Staat und Wirtschaft auf.

Die deutsche Sozialdemokratie ist sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt. Sie will nichts sein als eine Partei unter anderen Parteien. Sie will sich aber auszeichnen durch die Richtigkeit ihrer Erkenntnisse, durch die Klarheit ihrer Politik und durch die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen. Sie schöpft das Vertrauen zu einer erfolgreichen Durchführung ihrer Politik daraus, daß heute das Klasseninteresse der deutschen Arbeitenden mit den Notwendigkeiten des ganzen deutschen Volkes und der Einsicht und dem Willen aller fortschrittlichen und freiheitlichen Menschen in der ganzen Welt zusammenfallen.

Richtlinien der Politik der SPD im Bundestag (Dürkheimer 16 Punkte)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht bei ihrer Politik von der Erkenntnis aus daß eine lebenskräftige Demokratie nur auf dem Fundament sozialer Gerechtigkeit erbaut werden kann. Nur auf dieser Grundlage wird die deutsche Bundesrepublik ihre Aufgabe erfüllen, die deutsche Einheit zu schaffen und Deutschland in ein neu geordnetes Europa einzugliedern.

Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwürt die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird.

Die Voraussetzungen für ein gesundes deutsches Staatswesen können nur geschaffen werden, wenn das deutsche Volk folgende Grundsätze im öffentlichen Leben durchsetzt:

1. Überwindung der Arbeitslosigkeit durch eine Politik der Vollbeschäftigung. Dazu ist die Stärkung der Kaufkraft und die Erhöhung des Reallohnes erforderlich. Abwehr weiterer Preissteigerungen. Umbau des Steuersystems durch Entlastung der kleinen Einkommen.
2. Planung und Lenkung der Kredite und Rohstoffe für Befriedigung des volkswirtschaftlichen Bedarfs. Ablehnung einer vom bloßen Profitinteresse bestimmten Wirtschaftspolitik.
3. Sozialer Lastenausgleich durch Zugriffe auch auf die Vermögen und nicht nur auf die Erträge der Vermögen.
4. Sofortige Inangriffnahme des Wohnungsbaues unter besonderer Forderung des sozialen Wohnungsbaues durch den Bund.
5. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Seßhaftmachung und Freizügigkeit für die Vertriebenen und Kriegsgeschädigten durch zentrale Maßnahmen. Schaffung eines Flüchtlingsministeriums, zusätzliche Finanzhilfe an die mit Flüchtlingen überbelegten Länder.
6. Neuordnung der Sozialversicherung, des Rentenwesens und der Versorgung der Kriegsbeschädigten mit dem Ziel der Verbesserung der Leistungen, Hilfe für die Opfer der Diktaturen.
7. Mitbestimmung der Arbeitenden in den Betrieben und gleichberechtigte Einbeziehung der Gewerkschaften in die Selbstverwaltung der Wirtschaft.
8. Politische und wirtschaftliche Entmachtung des großen Eigentums und der Manager durch Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien.
9. Sicherung der freien Entfaltung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes.
10. Sicherung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung insbesondere durch einen den Gemeindeaufgaben gerecht werdenden Bundesfinanzausgleich.
11. Beschränkung der alliierten Einwirkungen auf bestimmte und keine Kontrollmaßnahmen. Änderung des Ruhrstatus. Abwehr der Demontage deutscher Friedensindustrien.
12. Einbeziehung Berlins als 12. Land in die Deutsche Bundesrepublik. Bis dahin schnelle und wirksame Hilfe für Berlin.
13. Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze, Verbleib des Saargebietes im deutschen Staatsverband. Abwehr neuer Gebietsabtretungen.
14. Unermüdlicher Appell an die moralischen Kräfte der Welt für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Frauen. Rückführung der Verschleppten. Kampf gegen Sklavenarbeit in jeder Form und gegen die Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone.
15. Wahrung des im Grundgesetz vorgesehenen Vorrangs des Bundestags gegenüber partikularen Gewalten und Interessen. Die Bundesgewalt muß imstande sein, die äußeren und inneren Kriegsfolgelasten gerecht zu verteilen und die Funktionen des deutschen Staates zu erfüllen.
16. Sicherung der Freiheit der Lehre, der Verkündung und der Ausübung jeder Religion und jeder Weltanschauung. Bekämpfung des Mißbrauches kirchlicher Einrichtungen und Personen als Instrumente des politischen Machtkampfes. Abwehr jedes Versuches, die sozialen und politischen Probleme durch Entfärbung eines Kulturmärktes zu vertnebeln.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft unter Ablehnung jeglicher Art von Nationalismus für die Gleichberechtigung aller Völker und für die Neuordnung Europas. Darum kämpft sie für die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit in allen Besatzungs-

zonen. Insbesondere der sowjetischen Zone.

Nur diese Politik hält die Sozialdemokratische Partei für möglich und erfolgreich. Sie ist bereit, hierfür mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften einzutreten. Jede andere Politik wird sie mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen."

(Beschlossen in der Sitzung des Vorstandes der SPD am 29./30. August 1949 in Bad Dürkheim. Bestätigt von der Tagung führender Parteikörperschaften am 6. September 1949 in Köln.)

SPD

Die sozialdemokratische Parteizeitung „Der Soziale“, erscheint als Oktober 1949 monatlich zum Organisationspreis von DM 1,20 für das Vierteljahr. Fordern Sie bitte kostenlose Probeauszüge dieser interessanten Kurznachrichten aus Politik, Wirtschaft und Verkehr an.

Neuer Vorwärts-Verlag, Neu & Co., Hannover, Oldenbarthstraße 16



Und die Frau?

Politisch interessierte Frauen freuen sich für die Wahlkampfzeit der SPD mit ihrer Zeitschrift „Die Frau“ die „Kästchen“ abzulehnen und zu erhalten. In alle Frauen- und Kinder- und die im Kreisverband der sozialdemokratischen Frauen angehörende Postvertriebsgebiete DM 1,-

Neuer Vorwärts-Verlag, Neu & Co., Hannover, Oldenbarthstraße 16

DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE

Wochenzahlung für Kommunalpolitik in Deutschland

In jedem Heft werden aktuelle
kommunalpolitische Probleme behandelt.

DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE

ist das zentrale kommunalpolitische
Organ der SPD

Postbezug vierteljährlich DM 1.50 zinschl. Zustellgebühr

Herausgeber: Neue Vertriebene Verlag, Hannover, Odergründ 16